IfW KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

KIELER KONJUNKTUR-BERICHTE

Deutsche Wirtschaft
im Winter 2024

Abgeschlossen am 11. Dezember 2024

Nr. 120 (2024|Q4)

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Christian Schröder und Nils Sonnenberg

Forschungszentrum
Konjunktur und Wachstum

KEIN AUFSCHWUNG IN SICHT

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Christian Schröder und Nils Sonnenberg

Die deutsche Wirtschaft kann sich nicht aus der Stagnation lösen. Signale für eine spürbare wirtschaftliche Belebung sind kaum auszumachen. Vielmehr mehren sich die Zeichen, dass die wirtschaftliche Schwäche vor allem struktureller Natur und weniger konjunkturell bedingt ist, so dass die Wirtschaftsleistung kurzfristig nicht viel Luft nach oben hat. Für das kommende Jahr droht zudem zusätzlicher Gegenwind. Sofern die neue US-Regierung Teile ihrer protektionistischen Ankündigungen umsetzt – so wie für diese Prognose unterstellt –, wird dies die Exporte zusätzlich bremsen. Dabei haben diese schon zuletzt aufgrund der nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht mehr mit dem Welthandel Schritt halten können. Die vorläufige Haushaltsführung, die aufgrund des Bruchs der Koalition wohl weit bis in das kommende Jahr hinein gelten wird, könnte die Wirtschaftsleistung zusätzlich bremsen, auch wenn die Effekte wohl eher gering sind. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Prognose nach unten angepasst und rechnen für das kommende Jahr nun mit einer Stagnation des Bruttoinlandsprodukts (Herbstprognose: +0,5 Prozent), nach einem Rückgang von 0,2 Prozent im laufenden Jahr (Herbst: −0,1 Prozent). Im Jahr 2026 dürfte die Wirtschaftsleistung um 0,9 Prozent zulegen (Herbst: 1,1 Prozent), wobei knapp 0,3 Prozentpunkte der zusätzlichen Zahl an Arbeitstagen zu verdanken ist. Die wirtschaftliche Schwäche hinterlässt mittlerweile sichtbare Bremsspuren am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote wird im laufenden Jahr auf 6 Prozent und im kommenden Jahr auf 6,3 Prozent steigen, nach 5,7 Prozent im Jahr 2023. Nach einem merklichen Anstieg im laufenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den kommenden beiden Jahren kaum steigen. Entsprechend wird auch der private Konsum keine große Dynamik entfalten. Die Bruttoanlageinvestitionen werden mit den sich etwas bessernden Finanzierungsbedingungen allmählich ihre Talsohle durchschreiten.

***Kasten 1*:** Wie haben sich die Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren entwickelt? (S. 17 – 19)

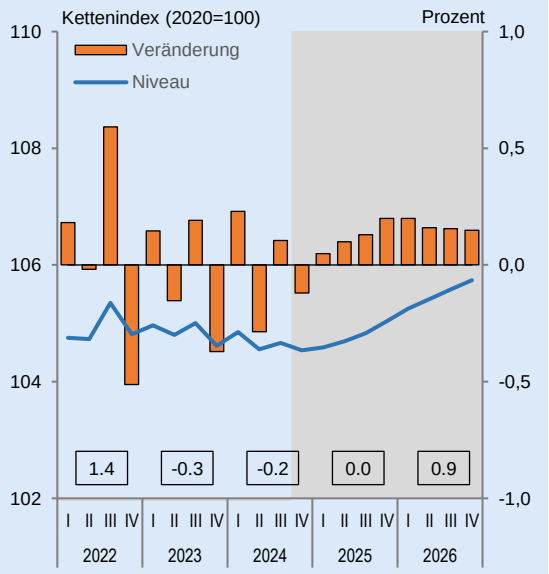
Kasten 2: Zum Einfluss der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf die deutsche Konjunktur (S. 20 – 22)

Kasten 3: Zu den Auswirkungen einer vorläufigen Haushaltsführung im Jahr 2025 (S 23)

Kasten 4: Zur Rolle der Finanzpolitik angesichts der ausgeprägten Schwäche der deutschen Wirtschaft: Ein europäischer Vergleich (S 24 – 26)

Die deutsche Wirtschaft entwickelt weiterhin keine spürbare Aufwärtsdynamik. Seit fast drei Jahren wechseln sich in Deutschland die Quartale mit steigender und rückläufiger Wirtschaftsleistung ab (Abbildung 1). Im Ergebnis tritt die ökonomische Aktivität praktisch auf der Stelle. Aufwärtsgerichtet sind insgesamt nur die Dienstleistungsbereiche, während das Verarbeitende Gewerbe seit über einem Jahr schrumpft. Die Wertschöpfung lag dort zuletzt so niedrig wie seit fast vier Jahren nicht mehr und verfehlt damit das vorpandemische Niveau deutlich. Die Kapazitätsauslastung der Industrie ist jüngst mit 76,5 Prozent auf einen Wert gefallen, der um mehr als 5 Prozentpunkte unter den Tiefpunkten in gewöhnlichen Rezessionsphasen liegt (Abbildung 2). Für sich genommen würde dies zwar einen erheblichen Expansionsspielraum anzeigen, allerdings lässt die

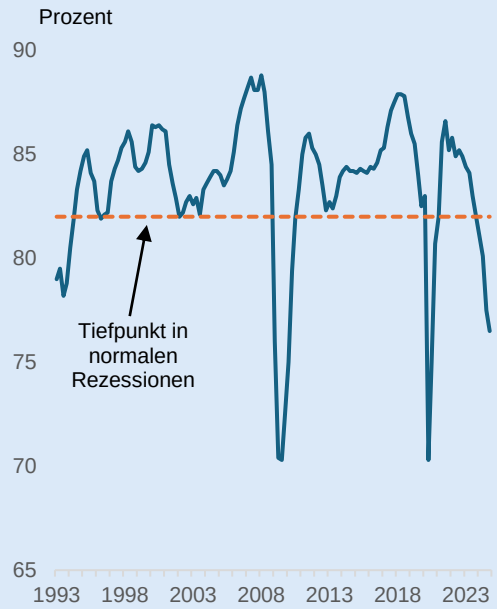
Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 2:
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe



Quartalsdaten; saisonbereinigt. Normale Rezessionen: Rezessionen außerhalb von Krisen.

Quelle: ifo Institut.

Gesamtschau darauf schließen, dass die industrielle Schwäche nicht nur konjunktureller Natur ist, sondern in erheblichem Maße auch strukturellen Faktoren geschuldet ist. Hierfür spricht insbesondere der Stellenabbau bei bislang insgesamt moderater Ausweitung der Kurzarbeit (Kasten 1). Ausweislich der aufwärtsgerichteten Industrieproduktion in der übrigen Welt, die längst zum vorpandemischen Trend zurückgefunden hat, leidet die Industrie hierzulande neben zunehmender Konkurrenz insbesondere aus China auch unter standortspezifischen Wettbewerbsnachteilen. Insgesamt lastet eine erhebliche Unsicherheit über die Ausrichtung der hiesigen zukünftigen Wirtschaftspolitik auf der deutschen Wirtschaft, die insbesondere die Investitionsbereitschaft hemmt und auch das Konsumklima belastet (Kasten 2). Hinzu kommt außenwirtschaftlicher Gegenwind infolge einer voraussichtlich noch protektionistischer ausgerichteten Handelspolitik in den Vereinigten Staaten (Gern et al. 2024). Für sich genommen dürften die hierzu unterstellten Annahmen die deutschen Exporte um 1 Prozent dämpfen. Im laufenden Winterhalbjahr dürfte sich die Wellblechkonjunktur fortsetzen, und auch für den weiteren Prognosezeitraum ist derzeit keine kräftige Belebung in Sicht. Das aktuelle Jahr dürfte mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 0,2 Prozent abschließen und 2025 ein Stagnationsjahr werden (Tabelle 1). Für das Jahr 2026 erwarten wir eine Zunahme um 0,9 Prozent, wovon allerdings ein Drittel einem Arbeitstageeffekt zu verdanken ist. Im Vergleich zu unserer Herbstprognose fällt die ökonomische Dynamik in den beiden kommenden Jahren somit nochmals deutlich schwächer aus (Abwärtsrevision um 0,5 bzw. 0,2 Prozentpunkte für die Jahre 2025 und 2026). Mit prognostizierten Verlaufsraten um 0,5 Prozent wird sich die gesamtwirtschaftliche Auslastung im Prognosezeitraum nur geringfügig verbessern. Die deutsche Wirtschaft bleibt damit unter den Möglichkeiten, die ausweislich der Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial bestehen. Angesichts der Unwägbarkeiten über die finanz- und wirtschaftspolitische Ausrichtung einer neuen Bundesregierung sowie weiterhin hoher außenwirtschaftlicher Risiken ist die Prognose mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Die gesamtwirtschaftliche Schwäche hinterlässt deutlichere Schrammen am Arbeitsmarkt und bei den Staatsfinanzen. Das Lagebild für den Arbeitsmarkt hat sich jüngst deutlicher eingetrübt. So zeigt sich nach den Revisionen der amtlichen Statistik, die nach unserer Herbstprognose veröffentlicht wurden, nunmehr seit Mai des laufenden Jahres ein merklicher Rückgang der Erwerbstätigkeit, während zuvor bis zum damaligen aktuellen Rand ein Aufwuchs ausgewiesen worden war. Zudem haben sich die Frühindikatoren weiter verschlechtert. Daher erwarten wir nunmehr für das kommende Jahr einen um rund 100 000 Personen höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit als noch im Herbst, und auch der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2026 dürfte deutlich schwächer ausfallen. Die Arbeitslosenquote steigt damit von 6 Prozent im laufenden Jahr auf 6,3 Prozent in den beiden Folgejahren. Die Zeit kräftiger Lohnsteigerungen, die im vergangenen und im laufenden Jahr in Reaktion auf den kräftigen Preisauftrieb die vorangegangenen Reallohnverluste aufgeholt haben, geht zu Ende. Nach einem Anstieg der

Tabelle 1:

Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,3	-0,2	0,0	0,9
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	6,1	3,0	1,8	1,6
Verbraucherpreise	5,9	2,2	2,2	2,0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	-0,6	-0,1	0,1	0,7
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	46.011	46.108	46.013	45.960
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	6,0	6,3	6,3
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,6	-2,3	-1,9	-2,1
Schuldenstand	62,7	63,2	63,9	64,4
Leistungsbilanz	5,9	6,2	5,6	5,2

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Kaufkraft der Pro-Kopf-Löhne um 2,8 Prozent im laufenden Jahr zeichnen sich für den weiteren Prognosezeitraum Zuwächse um 0,8 Prozent (2025) und 0,6 Prozent (2026) ab. Hiermit geht einher, dass sich die Inflation wieder in ruhigerem Fahrwasser bewegt, wobei die Dienstleistungspreise weiterhin überdurchschnittlich kräftig expandieren dürften. Infolge der schwächeren wirtschaftlichen Dynamik stellen sich auch die öffentlichen Finanzen ungünstiger dar, auch wenn im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung auf Bundesebene im ersten Halbjahr des kommenden Jahres einige Ausgaben aufgeschoben werden (Kasten 3). Auf Jahressicht dürfte dies das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 geringfügig um 0,1 Prozent dämpfen. Vorbehaltlich einer finanzpolitischen Neuausrichtung einer neuen Bundesregierung fällt das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit in den Jahren 2025 und 2026 um rund 5 bzw. 20 Mrd. Euro höher aus als noch im Herbst von uns veranschlagt. In Relation zur Wirtschaftsleistung belaufen sich die Fehlbeträge auf 1,9 bzw. 2,1 Prozent, nach 2,3 Prozent im laufenden Jahr. Die Staatsausgaben nehmen in Relation zur Wirtschaftsleistung weiter zu und erreichen in den Jahren 2024 bis 2026 Werte von 49,0 Prozent, 49,6 Prozent und 50,1 Prozent. Im Vorkrisenjahr 2019 lag die Staatsausgabenquote noch bei 44,2 Prozent. Der darin zum Ausdruck kommende Anstieg der Staatstätigkeit korrespondiert mit einer ähnlichen Entwicklung im übrigen Euroraum (Kasten 4). Auch mit Blick auf die Veränderung des strukturellen Budgetsaldos – als Maß für die gesamtwirtschaftliche Ausrichtung der Finanzpolitik – findet sich Deutschland im EU-Vergleich im Mittelfeld.

Monetäre Rahmenbedingungen

Die EZB senkt den Leitzins schneller als erwartet. Im Oktober hat die EZB den Leitzins (Einlagefazilität) um 0,25 Prozentpunkte auf 3,25 Prozent gesenkt – entgegen unserer Erwartung von Senkungen im Quartalsrhythmus. Dies deutet darauf hin, dass die EZB zunehmend darauf vertraut, dass sich die Inflationsrate nachhaltig bei der Zielmarke von 2 Prozent einpendelt. Gleichzeitig legt sie mehr Gewicht auf die schwachen Konjunkturindikatoren. Für Dezember erwarten wir eine weitere Rücknahme des Leitzinses auf 3,0 Prozent. Auch für das kommende Jahr rechnen wir nunmehr mit einem schnelleren Vorgehen der EZB als in der Herbstprognose. Der Leitzins wird wohl in jeder Sitzung um 0,25 Prozentpunkte auf dann 2 Prozent im Juni gesenkt. Damit dürfte die Geldpolitik weitgehend neutral ausgerichtet sein.

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank angesichts der konjunkturellen Eintrübung im Euroraum. Im November lag sie im Durchschnitt bei 2,3 Prozent, nach 2,2 Prozent im Oktober. Seit Ende November war jedoch ein deutlicher Rückgang auf 2,0 Prozent zu beobachten. Schwache Wirtschaftsdaten und getrübte Wachstumsaussichten belasten die Rendite. Wir erwarten, dass die EZB ihre quantitative Straffung weiter fortsetzt. Durch den schrittweisen Abbau des Anleihebestandes steigt die Bedeutung des Privatsektors als Gläubiger der

Staaten, was zu einer allmählichen Normalisierung des Risikoaufschlages auf längerfristige Anleihen (Terminprämie) führt und für sich genommen Aufwärtsdruck auf die Renditen ausübt. Im Prognosezeitraum rechnen wir daher mit einem leichten Anstieg der Rendite auf etwa 2,15 Prozent. Bemerkenswert ist, dass die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen seit dem Jahr 2015 unter dem 10-jährigen Zins im Euroraum (OIS) lag. Aufgrund ihrer hohen Bonität werden Bundesanleihen häufig als Sicherheit im Finanzsektor genutzt. Seit dem Jahr 2015 sank durch die Anleihekäufe der EZB das umlaufende Angebot, was zu einer Knappheitsprämie in Form eines Renditeabschlages führte. In den vergangenen beiden Jahren baute sich diese Prämie sukzessive ab, was auf ein gestiegenes Angebot an Bundesanleihen hinweist. Im November verschwand diese Prämie schließlich vollständig.

Die Kreditzinsen im Privatsektor folgen dem Rückgang der kurzfristigen Zinsen. Unternehmensanleihen rentierten im Oktober durchschnittlich mit 3,5 Prozent, was einem Rückgang um 0,7 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Risikoaufschlag gegenüber Bundesanleihen liegt mit 1,2 Prozentpunkten aktuell auf einem niedrigen Niveau. Auch die Kreditzinsen für Unternehmen und private Haushalte sind im Vorjahresvergleich rückläufig. Im Oktober betrugen die Zinsen für Unternehmenskredite 4,7 Prozent, nach 5,4 Prozent vor 12 Monaten. Die Kreditzinsen für Wohnungsbaukredite lagen im Oktober bei 3,7 Prozent, was einen Rückgang um 0,5 Prozentpunkte darstellt. Im Zuge der erwarteten Leitzinssenkungen dürften vor allem die kurzfristigen Kreditzinsen im Prognosezeitraum weiter sinken. Für längerfristige Kreditzinsen rechnen wir hingegen nur mit einem geringen Rückgang.

Das Kreditneugeschäft belebt sich auf niedrigem Niveau. Im Zuge der Zinswende sank die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten besonders deutlich. Durch die zuletzt leicht gesunkenen Zinsen und gestiegenen Realeinkommen zeichnet sich im laufenden Jahr eine schrittweise Erholung ab. Das Kreditneugeschäft liegt in diesem Jahr bisher bei 164 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. Im Vergleich zu den Volumina der Jahre 2021 und 2022 liegt das Neugeschäft jedoch noch um rund 30 Prozent niedriger. Das Kreditneugeschäft mit Unternehmen erreichte im Zeitraum Januar bis Oktober ein Volumen von 865 Mrd. Euro und liegt damit in etwa auf dem Niveau der Jahre 2022 und 2023. Die nominalen Werte überzeichnen die tatsächlich ausgelöste wirtschaftliche Aktivität, da die Preise im Wohnbau sowie bei Anlageinvestitionen erheblich gestiegen sind. So waren neue Wohnungen zuletzt um 37 Prozent teurer als Anfang 2021. Die Umfrage zum Kreditgeschäft zeigt, dass die Vergaberichtlinien für Unternehmenskredite im dritten Quartal erstmals seit drei Jahren leicht gelockert wurden. Darüber hinaus rechnen die Banken für das vierte Quartal mit einer Zunahme der Kreditnachfrage. Auch die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten dürfte erwartungsgemäß steigen, was sowohl auf verbesserte Aussichten am Wohnimmobilienmarkt als auch auf das allgemein gesunkene Zinsniveau zurückzuführen ist. Insgesamt erwarten wir im Prognosezeitraum eine allmähliche Expansion der Kreditvergabe.

Außenhandel

Im dritten Quartal sind die Ausfuhren spürbar gesunken. Die Warenausfuhren fielen mit 2,4 Prozent besonders kräftig. Rückgänge waren insbesondere bei Investitions- und Vorleistungsgütern zu verzeichnen; die Ausfuhren von Konsumgütern stiegen hingegen. Stark rückläufig waren die nominalen Warenexporte nach China, die um 10 Prozent sanken, womit sich eine seit mehreren Jahren beobachtete Entwicklung fortsetzte. Die deutschen Warenexporte nach China haben sich damit zuletzt vollständig von der Expansion der chinesischen Wirtschaft entkoppelt (Sachverständigenrat 2024: 57f.). Auch die Warenexporte in den übrigen Euroraum, die bereits im zweiten Quartal um 3,3 Prozent gesunken waren, gingen noch einmal deutlich um 5,6 Prozent zurück. Die Dienstleistungsexporte stagnierten im dritten Quartal. Insbesondere die nominalen Exporte von Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen gingen deutlich zurück. Starke Zuwächse waren hingegen im Reiseverkehr zu verzeichnen. Alles in allem sanken die deutschen Ausfuhren im dritten Quartal um 1,9 Prozent.

Im Schlussquartal des laufenden Jahres neigen die Exporte weiter zur Schwäche. Die Unternehmenszuversicht auf den Abnehmermärkten bleibt verzagt. Ebenso sind die Exporterwartungen deutscher Unternehmen weiterhin deutlich eingetrübt. Ausweislich der amtlichen Statistik zeigte sich der Bestand an Auslandsaufträgen zwar zuletzt stabil, und die Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen zuletzt recht deutlich. Die Beurteilung des Auftragsbestands durch die Unternehmen verschlechterte sich jedoch weiter entlang des seit nunmehr drei Jahren zu beobachtenden Abwärtstrends. Die Ausfuhren in die Länder außerhalb der Europäischen Union sanken im Oktober merklich und lagen weit unter dem Niveau des dritten Quartals. Vor diesem Hintergrund dürften die Exporte im laufenden Quartal um 0,9 Prozent zurückgehen.

Höhere Zölle in den Vereinigten Staaten lasten auf den Exportaussichten. Auch die politische Unsicherheit nach der Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten spricht für die kommenden Jahre gegen eine deutliche Belebung der deutschen Exporte. Zwar ist es möglich, dass asymmetrische Zölle gegenüber China zu einer Verlagerung der US-amerikanischen Importnachfrage nach Europa führen. Dem stehen jedoch insbesondere ab dem zweiten Quartal zu erwartende Rückgänge der US-amerikanischen Importe und des Welthandelsvolumens insgesamt gegenüber (Gern et al. 2024). Für die Prognose nehmen wir an, dass im zweiten Quartal des kommenden Jahres die Zölle auf Warenimporte aus der EU um 5 Prozentpunkte und auf jene aus China um 30 Prozentpunkte erhöht werden. Bei der Abschätzung der Effekte auf die Exporte orientieren wir uns an Handelsmodellen, die kurzfristig für einen Rückgang der Warenexporte um rund 1 Prozent sprechen (Felbermayr et al. 2024). Wir gehen davon aus, dass die höheren Zölle erst nach und nach auf die Exportaktivität durchschlagen – beispielsweise, weil Lieferverpflichtungen trotz der höheren Zölle eingehalten werden oder die Anpassung von Lieferketten Zeit in Anspruch nimmt – und die Zuwachsrate der Exporte dadurch erst zwischen dem zweiten und dem vierten Quartal des kommenden Jahres gedämpft wird. Zuvor könnten die Exporte durch Vorzieheffekte sogar etwas gestützt werden. Für das Jahr 2025 bzw. 2026 erwarten wir einen Anstieg der Bruttoinlandsprodukte der Abnehmerländer, gewichtet mit Anteilen am deutschen Außenhandel, um 2,1 bzw. 2,3 Prozent (Gern et al. 2024). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dürfte sich im Jahr 2025 um 1,5 Prozent, im Jahr 2026 um 0,6 Prozent verbessern. Dies würde für sich genommen die Exporte stützen. Jedoch hat sich ausweislich von Unternehmensumfragen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure insgesamt (also inkl. der nicht-preislichen Wettbewerbsfähigkeit) bereits seit längerem verschlechtert. Die Exporte werden im kommenden Jahr insgesamt um 0,9 Prozent sinken, im darauffolgenden Jahr dagegen um 1,8 Prozent steigen.

Die Importe schwenken allmählich auf einen moderaten Expansionspfad ein. Im dritten Quartal zeigten die Einfuhren eine Seitwärtsbewegung. Während bei den Warenimporten mit einem Zuwachs von 1,3 Prozent eine positive Entwicklung zu verzeichnen war, gingen die Dienstleistungsimporte spürbar um 2,4 Prozent zurück. Für das laufende Quartal erwarten wir angesichts der eingetrübten Konjunkturindikatoren einen Rückgang der Importe um 0,5 Prozent. Die schwache Entwicklung der Exporte und der Ausrüstungsinvestitionen spricht gegen eine rasche Belebung der deutschen Einfuhren im Prognosezeitraum. Insgesamt dürften die Importe im kommenden Jahr um 0,8 Prozent, im dann folgenden Jahr um 2,7 Prozent zunehmen.

Die Terms of Trade sinken wieder. Sowohl die Export- als auch die Importpreise stiegen zuletzt. Der Anstieg der Exportpreise fiel jedoch stärker aus als jener der Importpreise, so dass die Terms of Trade, die schon seit über einem Jahr über ihrem langjährigen Mittel liegen, zum dritten Mal in Folge gestiegen sind. Die monatlichen Preisindizes des Spezialhandels deuten für das laufende Quartal auf einen weiteren, jedoch nur leichten Anstieg hin. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen wir damit, dass sich die Terms of Trade wieder verschlechtern und sich ihrem langjährigen Durchschnitt annähern. Die für die Prognose unterstellten Zollerhöhungen in den Vereinigten Staaten dürften die Terms of Trade über mehrere Kanäle beeinflussen (z.B. Wechselkursanpassungen, Preise für

Exporte in die Vereinigten Staaten, zusätzliches Angebot an chinesischen Waren), die in unterschiedliche Richtungen wirken; von größeren Effekten gehen wir in der Prognose nicht aus. Alles in allem dürften die Terms of Trade im kommenden Jahr in etwa stagnieren und im Jahr 2026 um rund 0,5 Prozent zurückgehen.

Entstehung

Die Wirtschaftsleistung wird vorerst weiter stagnieren. Im dritten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt leicht zu, obwohl die Frühindikatoren eher auf einen Rückgang hingedeutet hatten. Zu dem Anstieg beigetragen hat eine kräftige Zunahme der Vorratsveränderungen, die jedoch aufgrund fehlender Lagerstatistiken in Deutschland ökonomisch nicht interpretierbar sind. Abgesehen davon ist die Verwendung gesunken. Auch die Bruttowertschöpfung nahm ab. Die Frühindikatoren liefern weiterhin keine Erholungssignale. Die Zuversicht der Unternehmen bleibt getrübt. Die Geschäftslage der Unternehmen lag im Oktober und November unterhalb des Niveaus im dritten Quartal, und der Einkaufsmanagerindex bewegt sich weiterhin unterhalb der Expansionsschwelle. Auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen verharren auf niedrigem Niveau. Im November gingen sie nur leicht zurück, obwohl nach der US-Wahl ein verschärfter protektionistischer Kurs der Vereinigten Staaten droht. Allerdings dürfte ein Teil der Unternehmen bereits vor der Wahl an der Umfrage teilgenommen haben, so dass eine weitere Eintrübung der Geschäftserwartungen droht. Die Industrieproduktion lag im Oktober unter dem Niveau des dritten Quartals. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal etwas sinken. Eine deutliche Besserung zeichnet sich für das kommende Jahr nicht ab. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte werden von der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes dämpfende Effekte ausgehen, auch wenn die Auswirkungen auf Jahressicht wohl gering sind. Zudem würden höhere Zölle in den Vereinigten Staaten die Wirtschaftsleistung belasten. Für unsere Prognose nehmen wir an, dass die US-Zölle auf deutsche Wareneinfuhren ab dem zweiten Quartal erhöht werden. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit hat im November einen neuen Rekordwert erreicht und dürfte die Wirtschaftsaktivität zusätzlich dämpfen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr kaum mehr als stagnieren.

Das Verarbeitende Gewerbe steckt in der Krise fest. Die Industrieproduktion befindet sich weiter im Sinkflug. Eine rasche Besserung ist nicht in Sicht, da vor allem strukturelle Probleme die Produktion belasten. Die Unternehmen haben zuletzt offenbar Produktionskapazitäten für die Warenfertigung abgebaut, so dass frühere Höchststände bei der Industrieproduktion in weiter Ferne bleiben (Kasten 1). Die Beschäftigung ist deutlich zurückgegangen. Zudem hat sich die Industrieproduktion schon seit längerem von der aufwärtsgerichteten weltweiten Produktion abgekoppelt. Höhere Zölle in den Vereinigten Staaten – so wie wir sie für diese Prognose unterstellen – dürften vor allem auf das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe durchschlagen. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ist zwar schon seit über einem Jahr abwärtsgerichtet, hat sich aber deutlich besser gehalten als die Industrieproduktion. Ein Grund dafür dürften steigende Dienstleistungsanteile an der Bruttowertschöpfung der Industrieunternehmen sein, die nicht in der Industrieproduktion erfasst werden. Sofern sich dieser Trend fortsetzt, könnte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im Verlauf des kommenden Jahres stabil bleiben. Für das vierte Quartal deuten die Frühindikatoren auf einen Rückgang hin.

Heimische Absorption

Die heimische Absorption zieht wieder etwas an. Im dritten Quartal setzten sich die bereits seit einiger Zeit zu beobachtenden Muster fort. Der Konsum folgte seiner moderaten Aufwärtstendenz. Die Bruttoanlageinvestitionen gingen abermals zurück, auch wenn das Minus im dritten Quartal gering ausfiel. Der kräftige Anstieg der letzten inländischen Verwendung um 1 Prozent war vor allem einer Ausweitung der Vorratsveränderungen geschuldet. Ohne Vorratsveränderungen stieg die letzte inländische Verwendung lediglich um 0,2 Prozent. Insgesamt bewegt sie sich nunmehr seit Anfang des Jahres 2022 seitwärts. Im kommenden Jahr dürfte die vorläufige Haushaltsführung des Bundes zu Schwankungen beim Staatskonsum

führen. Für die Prognose gehen wir davon aus, dass es zum Jahresauftakt zu einem Rücksetzer kommt und ab dem dritten Quartal 2025 – wenn der nach den Neuwahlen beschlossene Haushalt unserer Annahme zufolge greift – die bis dahin ausgebliebenen Ausgaben teilweise nachgeholt werden. Insgesamt ergeben sich dadurch Verschiebungen zwischen den Jahren 2025 und 2026 im Umfang von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Abgesehen davon dürfte der Konsum seine Aufwärtstendenz im Prognosezeitraum fortsetzen, insbesondere weil der Staatskonsum in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet bleibt. Die Bruttoanlageinvestitionen werden sich im Verlauf des kommenden Jahres, wenn die restriktive Wirkung der Finanzierungsbedingungen und der hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit nachlässt, allmählich wieder fangen und ausgehend von einem niedrigen Niveau auf einen verhaltenen Expansionskurs einschwenken. Im Jahr 2026 dürften sie aber immer noch rund 5 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019 liegen. Insgesamt wird die letzte inländische Verwendung in den kommenden beiden Jahren wohl um rund 0,7 Prozent (2025) bzw. 1,3 Prozent (2026) steigen, nachdem sie im laufenden Jahr in etwa stagniert.

Trotz steigender real verfügbarer Einkommen hat sich der private Konsum noch nicht aus der Stagnation gelöst. Im dritten Quartal legte der private Konsum zwar um 0,3 Prozent zu, jedoch ging er im Quartal zuvor um 0,5 Prozent zurück. Insgesamt wird er im laufenden Jahr wohl kaum mehr als stagnieren, obwohl die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich um über 1 Prozent zulegen werden. Entsprechend wird die Sparquote wohl um 1 Prozentpunkt steigen. Maßgeblich für das anhaltend schwache Konsumklima dürften die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit und die Eintrübung am Arbeitsmarkt sein. Hinzu kommt, dass trotz der jüngsten Zuwächse die Reallöhne in diesem Jahr erst ihr Niveau aus dem Jahr 2019 erreichen.

Eine deutliche Belebung des privaten Konsums ist nicht in Sicht. Nach dem recht kräftigen Anstieg im laufenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich kaum zulegen. So wird der Anstieg der Lohnsumme durch die Eintrübung am Arbeitsmarkt und den weitgehend abgeschlossenen Aufholprozess der Löhne an die hohen Verbraucherpreisanstiege gebremst. Im kommenden Jahr werden die Nettolöhne und -gehälter zudem durch die wegfallenden Inflationsausgleichsprämien gedämpft. Die monetären Sozialleistungen dürften zwar insbesondere im kommenden Jahr – unter anderem aufgrund von kräftigen Rentenerhöhungen – recht deutlich steigen, so dass die Masseneinkommen voraussichtlich etwas stärker zulegen werden als die Konsumgüterpreise. Jedoch sind von den Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte angesichts des schwachen wirtschaftlichen Umfelds keine größeren Impulse zu erwarten. Alles in allem dürften die real verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr das Vorjahresniveau kaum übersteigen und im Jahr 2026 um 0,6 Prozent zulegen. Für die Sparquote nehmen wir an, dass sie in etwa auf ihrem erhöhten Niveau verharren wird. So dürften insbesondere die geopolitischen Risiken in den kommenden Jahren hoch und die wirtschaftlichen Aussichten eingetrübt bleiben. Vor diesem Hintergrund werden die privaten Konsumausgaben im kommenden Jahr in etwa stagnieren und im Jahr 2026 um 0,6 Prozent steigen. Im Verlauf des Jahres haben wir unsere Prognose für die Zuwachsrate der privaten Konsumausgaben sukzessive nach unten angepasst. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, dass die von uns erwartete Erholung der privaten Konsumausgaben bereits weiter vorangeschritten war, als in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor der Generalrevision im August abgebildet worden war (Jannsen 2024). Zum Teil waren wir aber auch davon ausgegangen, dass sich das Konsumklima mit den steigenden real verfügbaren Einkommen rascher bessern – und die Sparquote etwas sinken und nicht steigen – würde.

Die Bauinvestitionen sinken das vierte Jahr in Folge. Die Bauinvestitionen sanken im dritten Quartal um 0,4 Prozent. Maßgeblich hierfür war der erneute Rückgang im besonders zinsreagiblen Wohnbau (−0,6 Prozent), auf den weiterhin die gestiegenen Finanzierungskosten lasten. Darüber hinaus bremst der starke Anstieg der Baukosten. Die Erschwinglichkeit von Immobilien, gemessen am Verhältnis aus Annuität und Einkommen, ist im langfristigen

Vergleich weiter gering. Für das vierte Quartal deuten Frühindikatoren auf einen erneuten Rückgang der Bauinvestitionen hin. Die in Umfragen erhobene Kapazitätsauslastung ist ausweislich der vorliegenden Monatswerte im vierten Quartal abwärtsgerichtet. Die Produktion im Bauhauptgewerbe sank im Oktober leicht unter das Niveau des Vorquartals. Insgesamt erwarten wir einen Rückgang der Bauinvestitionen um 1,0 Prozent. Somit dürften die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 3,7 Prozent und damit das vierte Jahr in Folge abnehmen. Insgesamt sind sie in diesem Zeitraum um rund 13 Prozent gesunken. Im Verlauf des Jahres 2025 dürften die Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt durchschreiten. So haben sich die Finanzierungsbedingung etwas gebessert: Die Hypothekenzinsen sanken im laufenden Jahr um rund 40 Basispunkte und dürften im Verlauf weiter abnehmen. Die Auftragseingänge im Wohnbau haben offenbar auf sehr niedrigem Niveau ihren Boden erreicht; sie bewegen sich seit rund einem Jahr seitwärts. Zudem steigen seit Jahresbeginn in der Tendenz die Zahl von Immobilientransaktionen sowie das Neukreditvolumen für Wohnungsbaukredite. Angesichts der steigenden Transaktionen dürften zunächst vor allem die Investitionen im Ausbaugewerbe ausgeweitet werden. Auch der über Umfragen erhobene Nachfragemangel von Bauunternehmen war zuletzt rückläufig. Die Investitionen in den Nichtwohnbau werden voraussichtlich, gestützt von Infrastrukturprojekten, im gesamten Prognosezeitraum zunehmen. Alles in allem erwarten wir für das Jahr 2025 einen Rückgang der Bauinvestitionen um 1,2 Prozent. Im Jahr 2026 dürften sie um 2,7 Prozent ausgeweitet werden.

Die wirtschaftspolitische Unsicherheit dämpft besonders die Ausrüstungsinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken im dritten Quartal um 0,2 Prozent und damit das vierte Quartal in Folge. Maßgeblich war der Rückgang der volatilen staatlichen Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um rund 11 Prozent. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen, die vier Quartale in Folge rückläufig waren, stiegen im Gegenzug um 1,1 Prozent und vollzogen somit eine Gegenbewegung zum starken Rückgang im Vorquartal (−4,0 Prozent). Für das Schlussquartal deuten die Frühindikatoren auf einen Rückgang der privaten Ausrüstungsinvestitionen hin. Die Lageeinschätzung der Investitionsgüterhersteller ist ausweislich der vorliegenden Monatswerte im vierten Quartal abwärtsgerichtet. Der Inlandsumsatz der Investitionsgüterhersteller sowie die Produktion von Investitionsgütern lag im Oktober unter dem Niveau des Vorquartals. Alles in allem erwarten wir für das vierte Quartal, dass sich der Rückgang bei den privaten und der Anstieg bei den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen in etwa ausgleichen werden. Im weiteren Prognosezeitraum dürften die privaten Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge vorerst weiter abnehmen. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland ist ausweislich von Medienauswertungen weiterhin auf hohem Niveau und dürfte zusätzlich zu den schwachen Absatzaussichten sowie den gestiegenen Finanzierungskosten die Investitionsbereitschaft weiter dämpfen (Baker et al. 2016, Junker und Michelsen 2024, Grimme und Stöckli 2017, Kasten 2). Dies steht im Einklang mit Unternehmensbefragungen, in denen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nach der Inlandsnachfrage am häufigsten als Geschäftsrisiko genannt werden (DIHK 2024). Entsprechend der laut den Umfragen rückläufigen Investitionsabsichten sinken die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller. Seit ihrem Hochpunkt im Jahr 2021 nahmen die Auftragseingänge aus dem Inland um rund 20 Prozent ab. Erst gegen Ende des Jahres 2025 dürften die prozyklischen privaten Ausrüstungsinvestitionen im Gleichklang mit der leichten konjunkturellen Besserung allmählich wieder ausgeweitet werden. Die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen werden voraussichtlich aufgrund militärischer Beschaffungen im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr im gesamten Prognosezeitraum ausgeweitet werden. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr wohl um 5,6 Prozent sinken. Für das Jahr 2025 erwarten wir einen weiteren Rückgang von 0,4 Prozent. Erst im Jahr 2026 dürften die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,9 Prozent ausgeweitet werden. Die Investitionen in sonstige Anlagen (im Wesentlichen Ausgaben für Software sowie Forschung und Entwicklung) stiegen bis zuletzt kräftig und dürften – nicht zuletzt durch Investitionen in Digitalisierung – auch im Prognosezeitraum

weiter ausgeweitet werden. Im laufenden Jahr dürften sie um 4,0 Prozent und somit das vierte Jahr in Folge steigen. Insgesamt wurden sie in diesem Zeitraum um rund 20 Prozent ausgeweitet. In den Jahren 2025 und 2026 erwarten wir eine Zunahme um 2,5 bzw. 1,9 Prozent.

Verbraucherpreise

Die Inflationsrate ist in ruhigerem Fahrwasser – bei persistent hohen Preissteigerungen von Dienstleistungen. Im November lag die Inflationsrate bei 2,2 Prozent. Die Energiepreise gingen weiter zurück und sanken im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 Prozent. Gewerbliche Waren verteuerten sich um 1,6 Prozent und Nahrungsmittel um 1,8 Prozent. Besonders stark stiegen mit 4,0 Prozent die Preise für Dienstleistungen, was sich bei einem Ausgabenanteil der Dienstleistungen am Warenkorb von 50,3 Prozent entsprechend stark in die Inflationsrate übersetzte.

Energie wird im Jahr 2025 etwas günstiger werden. Im vierten Quartal wird der Rohölpreis voraussichtlich bei durchschnittlich 74 US-Dollar je Barrel liegen. In der Herbstprognose hatten wir noch einen höheren Preis von 80 US-Dollar erwartet. Der Ölpreis steht angesichts geringer Nachfragezuwächse unter Druck. Jüngst dürfte zudem die Erwartung einer stärkeren Ausweitung der Ölproduktion in den Vereinigten Staaten, ausgelöst durch den Wahlsieg von Donald Trump, einen dämpfenden Effekt auf die zukünftig erwarteten Preise gehabt haben. Für die Jahre 2025 und 2026 wird ein weiterer Rückgang der Rohölpreise (Brent) unterstellt. Wir rechnen nun mit 71 bzw. 69 US-Dollar je Barrel (Herbstprognose: 77 bzw. 74 US-Dollar je Barrel). Entsprechend sinken die prognostizierten Preise für Benzin, Diesel und Heizöl im Jahr 2025 um 3,5 Prozent, 2,9 Prozent und 3,9 Prozent. Der Rückgang wäre größer, wenn nicht zu Jahresbeginn der CO_2-Preis um 10 Euro je Tonne erhöht würde. Für das Jahr 2026 wird ein leichter Anstieg der Preise um rund 1 Prozent erwartet. Dies liegt daran, dass der erneute Anstieg des CO_2-Preises den Rückgang der Rohölpreise überkompensiert. Der Börsenpreis für Gas (TTF) erreichte Ende November 48 Euro je MWh und lag damit auf dem höchsten Wert seit einem Jahr. Dies ist auf eine hohe Nachfrage in Europa durch das zuletzt recht kalte und windarme Wetter zurückzuführen. Der aktuelle Börsenpreis liegt jedoch weit unter den Spitzenwerten während der Energiekrise, die über 200 Euro je MWh erreichten. Die unterstellten Börsenpreise für Gas und Strom im Jahr 2025 (2026) betragen 46 (36) und 98 (88) Euro je MWh und liegen damit über den Werten der Herbstprognose. Wir gehen davon aus, dass die Verbraucherpreise für Gas und Strom bis zum Jahresbeginn nur noch leicht sinken werden. Ab dem Jahr 2025 rechnen wir jedoch nicht mit weiteren Preisrückgängen, da die Weitergabe von Preissenkungen durch die Energieversorger weitgehend abgeschlossen sein dürfte. Aufgrund eines statistischen Unterhangs erwarten wir für das Jahr 2025 einen Rückgang der Verbraucherpreise für Gas und Strom um 2,1 Prozent bzw. 1,7 Prozent. Für das Jahr 2026 gehen wir von einer Stagnation der Preise aus. Die Energiekomponente insgesamt wird im Jahr 2025 voraussichtlich um 2,3 Prozent zurückgehen, bevor sie im Jahr 2026 geringfügig um 0,4 Prozent steigt.

Dienstleistungen sind der Haupttreiber des Preisauftriebs. Die Preisanstiege bei Dienstleistungen lagen seit Jahresanfang im Durchschnitt bei 4 Prozent je Monat (annualisiert). Im zweiten Halbjahr hat der Preisauftrieb allmählich an Dynamik verloren. Bis zuletzt war der Preisdruck aber in vielen Bereichen der Dienstleistungen zu spüren. Zu Jahresbeginn gehen wir – entsprechend historischen Mustern – von recht kräftigen Preisanstiegen bei zahlreichen Dienstleistern aus. Bereits angekündigte Anpassungen umfassen etwa die Deutsche Post (+10 Prozent), private Krankenversicherungen (+18 Prozent), das Deutschlandticket (+18 Prozent) und diverse kommunale Gebühren. Für den weiteren Jahresverlauf erwarten wir, dass sich der Preisauftrieb allmählich abschwächt. Eine Ausnahme bildet die Mietkomponente, die mit einem Anstieg von 8,1 Prozent seit dem Jahr 2020 deutlich hinter dem allgemeinen Preisniveauanstieg von 20 Prozent zurückbleibt. Dies dürfte vor allem auf die trägen Anpassungen von Bestandsmieten zurückzuführen sein. Die Annäherung an die jeweilige Relativpreisposition deutet darauf hin, dass der Preisdruck bei der Mietkomponente angesichts weiterhin angespannter Wohnungsmärkte vorerst hoch bleibt.

Der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln und Gewerblichen Waren normalisiert sich schrittweise. Die Preise für Gewerbliche Waren und Nahrungsmittel stiegen seit Jahresbeginn durchschnittlich um 1,5 Prozent bzw. 1,9 Prozent pro Monat (annualisiert). Im Gegensatz zu den Dienstleistungen nahm der Preisauftrieb gegen Jahresende jedoch leicht zu. Dabei ist in der Breite kein ausgeprägter Preisdruck erkennbar. Vielmehr scheinen die aggregierten Zahlen durch einzelne Produkte mit großen Preisschwankungen beeinflusst zu sein. Auf den vorgelagerten Produktionsstufen zeigt sich ausweislich der Erzeugerpreise derzeit ebenfalls kein verstärkter Preisdruck. Der Preisauftrieb dürfte sich in den kommenden Monaten schrittweise normalisieren.

Eine offene Frage bleibt, wie ein Zollkonflikt die Verbraucherpreise beeinflusst. Grundsätzlich dürfte ein Rückgang der Exporte durch eine einseitige Erhöhung der Zölle in den Vereinigten Staaten disinflationär wirken, da die heimische aggregierte Nachfrage sinkt und die Produktionskapazitäten weniger stark ausgelastet wären. Außerdem dürften Exportgüter, insbesondere chinesische Güter, kurzfristig in andere Märkte umgelenkt werden und zu niedrigeren Preisen angeboten werden. Allerdings hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass eine einseitige Einführung von Zöllen auch Wechselkursreaktionen auslösen kann. Eine Abwertung der Währung führt zu höheren Preisen für Importgüter, was den disinflationären Effekt teilweise kompensieren oder sogar ins Gegenteil verkehren könnte. Für Deutschland zeigen empirische Daten jedoch nur einen geringen Einfluss. Historisch führte eine zehnprozentige Abwertung der Währung zu einem Anstieg der Importpreise um 5,4 Prozentpunkte, während die Verbraucherpreise lediglich um 0,6 Prozentpunkte stiegen (Colavecchio und Rubene 2020). Für die Prognose gehen wir von keinen größeren Effekten aus.

Die Inflation bewegt sich weiterhin leicht oberhalb der 2-Prozent Marke. Für das laufende Jahr insgesamt zeichnet sich eine Inflationsrate von 2,2 Prozent ab. Der hohen Kernrate (+2,8 Prozent) wirkt dabei der Rückgang der Energiekomponente (−3,2 Prozent) entgegen. Auch im Jahr 2025 bleibt die Kernrate mit 2,6 Prozent erhöht (langjähriger Durchschnitt von 1,4 Prozent). Bei einem Rückgang der Energiekomponente um 2,3 Prozent dürfte die Gesamtinflationsrate bei 2,2 Prozent verbleiben. Im Jahr 2026 steigt die Energiekomponente leicht um 0,4 Prozent, aber die Kernrate schwächt sich weiter auf 2,2 Prozent ab, so dass die Gesamtinflation bei 2 Prozent liegen dürfte.

Arbeitsmarkt

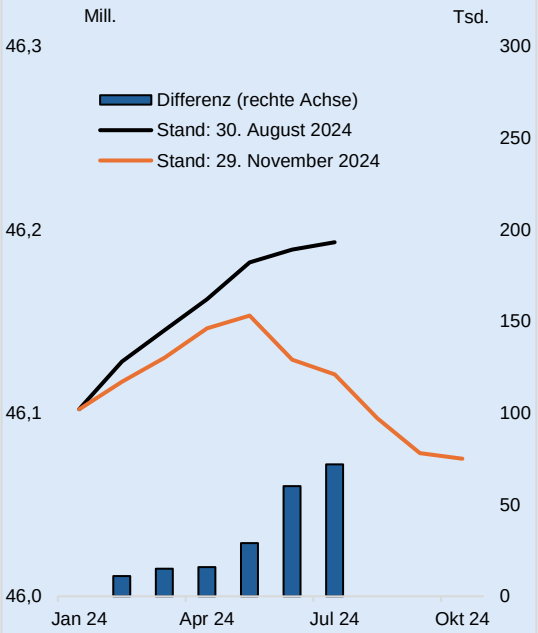
Die Lohndynamik verliert an Fahrt. Die Metall- und Elektroindustrie ist der erste gewichtige Tarifbereich, in dem nach dem Inflationsschub bereits zum zweiten Mal ein Tarifvertrag ausgehandelt wurde. Dieser sieht für die Jahre 2025 und 2026 unter Berücksichtigung aller vereinbarten Entgeltbestandteile deutlich geringere Zuwächse vor als der vorherige Tarifvertrag für die Jahre 2023 und 2024. Dies ist sowohl geringeren dauerhaften Tariferhöhungen als auch dem Wegfall der Inflationsausgleichsprämien geschuldet. Auch die Tarifverdienste insgesamt erleiden durch den Wegfall dieser Prämien im kommenden Jahr einen merklichen Dämpfer, wenngleich wir davon ausgehen, dass die Grundvergütungen stärker steigen werden als im laufenden Jahr. Wir erwarten einen Anstieg der Tarifverdienste um 3,8 Prozent im kommenden Jahr nach 6,2 Prozent im laufenden Jahr. Im Jahr 2026 dürfte sich der Zuwachs weiter verringern. Der Zuwachs der Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) sinkt nach den starken Zuwächsen in den Jahren 2023 und 2024 ebenfalls merklich. Das Verhältnis von Lohnkosten auf der einen Seite und Preisen und Arbeitsproduktivität auf der anderen Seite wird sich nach den starken Reallohnzuwächsen im laufenden Jahr weitgehend normalisiert haben. Die Reallöhne dürften sich nun wieder stärker an der Arbeitsproduktivität orientieren. Diese entwickelt sich angesichts der wirtschaftlichen Stagnation seit Jahren ausgesprochen schwach, und auch im Prognosezeitraum dürfte sie keine große Dynamik entfalten, was die Lohnentwicklung für sich genommen dämpft und den lohnerhöhenden Effekten vonseiten der Arbeitskräfteknappheit entgegenwirkt.

Die Angaben zur Erwerbstätigkeit wurden merklich abwärtsrevidiert. Durch Revision der amtlichen Daten stellt sich die Entwicklung

der Erwerbstätigkeit im laufenden Jahr deutlich anders dar als noch vor drei Monaten. Während laut dem Datenstand, der unserer Herbstprognose zugrunde lag, die Zahl der Erwerbstätigen bis einschließlich Juli (damals jüngster Wert) saisonbereinigt gestiegen war, ist sie nach aktuellem Datenstand im Juni und Juli recht deutlich gesunken (Abbildung 3). Die Abwärtsrevision beträgt für Juli 72 000 Personen.

Die Arbeitslosigkeit steigt angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung weiter, und die Erwerbstätigkeit sinkt. Zwischen August und Oktober setzte sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit fort. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit unvermindert weiter. Im November waren saisonbereinigt 2,86 Mill. Personen (Quote: 6,1 Prozent) als arbeitslos registriert. Damit hat die Zahl der Arbeitslosen seit Sommer 2022 – bereinigt um den Effekt ukrainischer Flüchtlinge – um 370 000 Personen zugenommen. Die Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt haben sich – auf ohnehin schon niedrigem Niveau – weiter verschlechtert. Die Einstellungsbereitschaft in der Privatwirtschaft ist laut ifo Beschäftigungsbarometer – sieht man von scharfen Wirtschaftskrisen (Große Finanzkrise, Pandemie) einmal ab – mittlerweile so niedrig wie zuletzt vor den Hartz-Reformen Mitte der 2000er Jahre; dies gilt insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe, wo die Unternehmen mehr und mehr Stellen abbauen wollen. Auch die lokalen Arbeitsagenturen schätzen laut IAB-Arbeitsmarktbarometer sowohl Beschäftigung als auch Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat pessimistischer ein. Angesichts der Tatsache, dass wir für das kommende Jahr keine nennenswerte Belebung der wirtschaftlichen Aktivität mehr erwarten, revidieren wir unsere Prognose für die Arbeitslosigkeit nach oben und für die Erwerbstätigkeit nach unten. Die Arbeitslosigkeit dürfte demnach das gesamte kommende Jahr über weiter zunehmen und erst im Jahr 2026 im Zuge der zaghaften wirtschaftlichen Belebung wieder sinken. Im Jahresdurchschnitt steigt die Arbeitslosenquote von 6 Prozent im laufenden Jahr auf 6,3 Prozent in den kommenden beiden Jahren. Wir erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr rückläufig ist und im Jahr 2026 stagniert. Einer Ausweitung der Beschäftigung steht zunehmend der demografische Wandel entgegen. Die geburtenstarken Jahrgänge scheiden nach und nach aus dem Erwerbsleben aus, wodurch das Erwerbspersonenpotenzial bald einem langfristig angelegten Abwärtstrend folgen wird.

Abbildung 3:
Revision der Erwerbstätigkeit



Monatsdaten; Zahl der Erwerbstätigen, saisonbereinigt, zu unterschiedlichen Datenständen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, *Echtzeitdatenbank*; Berechnungen des IfW Kiel.

Öffentliche Finanzen

Im kommenden Jahr dürfte das Finanzierungsdefizit abermals sinken und im Folgejahr wieder leicht zulegen. Maßgeblich sind im Jahr 2025 der Wegfall von Einmaleffekten und der leicht restriktive finanzpolitische Kurs. Insbesondere das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien und die steigenden Beitragssätze zu den Sozialversicherungen sorgen für eine stärkere Zunahme der Einnahmen. Zudem wird der Ausgabenanstieg von der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes etwas gedämpft (Kasten 3). Der Fehlbetrag wird trotzdem nahe 2 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung liegen und dürfte im Jahr 2026 angesichts steigender Sozialausgaben und deutlich höherer Transfers an die EU wieder zunehmen, wobei allerdings angesichts der anstehenden Neu-

wahlen eine erhöhte Unsicherheit bezüglich der finanzpolitischen Ausrichtung besteht.

Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2025 in ähnlich hohem Tempo zulegen wie im Vorjahr und im Jahr 2026 leicht an Fahrt verlieren. Während im Jahr 2024 das Auslaufen der temporär ermäßigten Umsatzsteuersätze für Gas und Gastronomie die Einnahmen begünstigte, schlägt im kommenden Jahr der Wegfall der Inflationsausgleichsprämien zu Buche, was den fiskalischen Effekt der schwächeren Lohndynamik teilweise ausgleicht. Die im Verlauf – wenn auch geringe – Zunahme der ökonomischen Aktivität sorgt zudem für etwas mehr Rückenwind bei den gewinnabhängigen Steuereinnahmen. Mit dem Abflachen der Lohndynamik und dem absehbaren Ende der Rallye des Steueraufkommens aus Kapitalerträgen, die immer noch massiv von der Zinswende profitieren, werden die Steuereinnahmen im Jahr 2026 etwas an Fahrt verlieren und mit ähnlichen Raten wie die nominale Produktion expandieren, wobei wir davon ausgehen, dass Effekte der kalten Progression wie seit dem Jahr 2015 üblich fortlaufend in etwa ausgeglichen werden, wobei dies im Jahr 2025 rückwirkend geschehen könnte.

Die Beitragseinnahmen steigen weiter mit hohem Tempo. Der Wegfall der Inflationsausgleichsprämien und die steigenden Beitragssätze kompensieren im Jahr 2025 die schwächere Lohndynamik, so dass die Beiträge mit nahezu dem gleichen Tempo wie im Jahr 2024 zulegen. Für das Jahr 2026 gehen wir ebenfalls von steigenden Beitragssätzen in der Kranken- und Pflegeversicherung aus. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird hier konstant mit 2,6 Prozent angenommen, doch ist eine Anhebung zum Ausgleich des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit nicht auszuschließen, sofern sich der Arbeitsmarkt so entwickeln wird, wie von uns prognostiziert.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden in den Jahren 2025 und 2026 wohl deutlich langsamer zulegen als in den Vorjahren. Die übrigen Einnahmen profitierten im Jahr 2024 von Zuweisungen aus dem NextGenerationEU-Programm und insbesondere von der Ausweitung der Lkw-Maut. Diese Effekte wirken in den kommenden Jahren nicht mehr stützend, da die durch das EU-Programm geförderten Projekte nach und nach auslaufen dürften und keine weitere Ausweitung der Lkw-Maut angekündigt ist. Das Plus dürfte aber immer noch höher ausfallen als das der nominalen Wirtschaftsleistung, da wir damit rechnen, dass insbesondere Kommunen angesichts der zunehmend angespannten Kassenlage Gebühren erhöhen werden.

Arbeitnehmerentgelte und Sozialleistungen verlieren an Tempo. Die allgemein nachlassende Lohndynamik wird Einfluss auf die Tarifergebnisse im öffentlichen Bereich nehmen. Zudem dürfte die schwierige Haushaltssituation einen stärkeren Planstellenaufbau und Beförderungen behindern. Ebenfalls dürfte das Plus bei den sozialen Sachleistungen zunehmend geringer ausfallen. Zwar besteht hier in den Bereichen Gesundheit und Pflege ein hoher Nachfragedruck, und die Ausgaben in diesem Bereich werden weiterhin schneller als die Wirtschaftsleistung expandieren, doch dürfte auch hier die moderatere Preisdynamik das Tempo, das im laufenden Jahr noch ausgesprochen hoch war, in den beiden folgenden Jahren mindern. Für die Jahre 2024 bis 2026 dürften die monetären Sozialleistungen ein ähnliches Muster aufweisen. Relativ zur Produktion oder auch den Einnahmen des Staates expandieren sie über alle Jahre stärker, verlieren aber im Verlauf an Dynamik. Während im Jahr 2024 die deutliche inflationsbedingte Anpassung des Bürgergelds und die spürbare Rentensteigerung für Tempo sorgten, werden die Leistungen im Falle der Rente in den Folgejahren moderater und in der Grundsicherung kaum noch angepasst. Allerdings nimmt die Zahl der Rentenempfänger spürbar zu, und für das Jahr 2025 ist ebenfalls mit einer steigenden Zahl von Empfängern arbeitsmarktbezogener Leistungen zu rechnen. Während unsere Prognose bei den Arbeitsmarktausgaben im Jahr 2026 auf eine schwächere Dynamik hindeutet, dürfte der Anstieg der Zahl der Rentenempfänger ungebrochen hoch bleiben.

Die Vorleistungskäufe des Staates dürften von der vorläufigen Haushaltsführung beeinträchtigt werden. Beim Bund rechnen wir für die ersten drei Quartale des kommenden Jahres mit Rückgängen im Vorjahresvergleich, die im vierten Quartal nur teilweise aufgeholt werden können. Insgesamt dürften die Vor-

leistungen im kommenden Jahr dadurch kaum mehr als stagnieren. Im Jahr 2026 steigen die Vorleistungskäufe dann wieder etwas stärker. Die Gesamttendenz bleibt allerdings schwach, da abgesehen von Käufen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Bundeswehr die meisten öffentlichen Haushalte bemüht sein dürften, ihre Ausgaben einzuhegen. Durchgängig aufwärtsgerichtet sind hingegen die Zinsausgaben des Staates, wobei auch diese an Fahrt verlieren, da sich die inzwischen sinkenden Zentralbankzinsen auf die Konditionen für die kurzlaufenden Titel auswirken.

Die Bruttoinvestitionen werden in den Bereichen Verteidigung und Bahninfrastruktur wohl weiter merklich expandieren, aber im kommunalen Bereich stagnieren. Nach dem angesichts der Möglichkeiten des Sondervermögens Bundeswehr sehr verhaltenen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2024 erwarten wir, dass hier vermehrt Ausgaben in den kommenden beiden Jahren anfallen. Allerdings wird die Expansion dadurch gebremst, dass die bisher sehr ausgeprägte Bautätigkeit der öffentlichen Hand an Schwung verlieren wird. Zwar ist weiterhin mit steigenden Investitionen im Bereich der Schieneninfrastruktur zu rechnen, doch dürften insbesondere die Kommunen ihre Investitionshaushalte kaum noch ausweiten.

Nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2024 dürften die Subventionen im kommenden Jahr wieder merklich zulegen. Nachdem Subventionen durch den Wegfall der Energiepreisbremsen im laufenden Jahr spürbar gesunken sind, werden die Ausgaben im Jahr 2025 wohl wieder expandieren. Maßgeblich dürften steigende Ausgaben für die Einspeisung erneuerbarer Energien (EEG) sein, die in der jetzigen Rechnungslegung einen bedeutenden Anteil an den gesamten Subventionsausgaben ausmachen. Für das Jahr 2026 nehmen wir nur noch einen geringen Anstieg an, da zunehmend Altanlagen, die hohe Vergütungen für den bereitgestellten Strom erhalten, ausscheiden.

Die Vermögensübertragungen unterliegen diversen Einmaleffekten und dürften vorerst schwach bleiben. Angesichts der schwindenden Rücklagen des Klima- und Transformationsfonds und unserer Annahme, dass ein größeres Förderprojekt im Bereich der Mikroelektronik im Prognosezeitraum nicht umgesetzt wird, rechnen wir mit einer langsameren Gangart. Im laufenden Jahr kam bzw. kommt es allerdings zu Einmaleffekten, die die Ausgaben deutlich erhöhen. So wurden dem Staat im Zuge eines Gerichtsurteils zur Dividendenbesteuerung zu leistende Rückerstattungen in Milliardenhöhe für das erste Quartal 2024 zugerechnet. Außerdem gibt es im Zuge der Förderung eines Batterieherstellers einen Fall einer Kreditübernahme im Zuge einer vorherigen Bürgschaft in Höhe von mehreren hundert Mill. Euro. Da diese Effekte im Jahr 2025 annahmegemäß entfallen, sinken die Ausgaben spürbar und verbleiben dann auch dem niedrigeren Niveau. Mit einem deutlichen Plus im Jahr 2026 ist hingegen bei den sonstigen laufenden Übertragungen zu rechnen, da hier entsprechend hohe Abführungen an die EU geplant sind.

Insgesamt werden die Ausgaben wohl in allen Jahren stärker zulegen als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Die Staatsquote dürfte die 50 Prozent-Marke übersteigen. Da in den Jahren 2024 und 2025 die Einnahmen noch schneller expandieren, sinkt der Fehlbetrag zunächst und legt dann im Jahr 2026 wohl wieder etwas zu. Er schwankt um die 2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und ist angesichts der derzeitigen Wachstumsaussichten somit kaum mit einer Stabilisierung der Bruttoschuldenstandsquote bei 60 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vereinbar.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Außenwirtschaftlich droht Ungemach durch verschärfte Handelskonflikte. Mit der Wahl von Donald Trump zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten dürfte die dortige Außenhandelspolitik nochmals aggressiver ausfallen. Dies betrifft insbesondere das Verhältnis des Landes zu China. In dieser Prognose sind die Effekte einer einseitigen Zollerhöhung der Vereinigten Staaten gegenüber der EU (5 Prozentpunkte) und China (30 Prozentpunkte) berücksichtigt. Ein eskalierender Handelskonflikt würde die deutsche Exportwirtschaft erheblich stärker in Mitleidenschaft ziehen, insbesondere dann, wenn sich in der Folge die Weltwirtschaft desintegrieren würde und in verschiedene Handelsblöcke zerfiele (Felbermayr et al. 2024).

Demgegenüber bestehen im transatlantischen Handelsverhältnis geringere Konfliktrisiken. Denn anders als gegenüber China stehen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union keine geopolitischen Ziele im Raum, denen die Handelspolitik instrumentell untergeordnet wird. Vielmehr geht es von amerikanischer Seite um als unfair wahrgenommene Handelspraktiken diesseits des Atlantiks sowie eine unzureichende Beteiligung einiger europäischer NATO-Länder an den Verteidigungslasten. Diese Spannungen sollten grundsätzlich einer Verhandlungslösung zugänglich sein, die etwa darin bestehen könnte, Industriezölle im transatlantischen Handel gänzlich zu streichen, wodurch sich sogar gegenüber dem Status quo ein Aufwärtsrisiko ergäbe. Schwieriger könnte sich allerdings eine Öffnung der europäischen Agrarmärkte für Lieferungen aus den Vereinigten Staaten erweisen. Angesichts einer neuen Bedrohungslage für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent sollte die Einhaltung der vertraglich zugesagten Verteidigungsausgaben ohnehin auch im Eigeninteresse der europäischen NATO-Partner liegen.

Die vorgezogenen Neuwahlen verkürzen hierzulande potenziell die Phase wirtschaftspolitischer Unsicherheit. Die Verunsicherung über die Ausrichtung der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auf Bundesebene ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass darüber in der bisherigen Regierungskoalition bereits seit längerer Zeit kein Einvernehmen mehr bestand. Insbesondere prallten miteinander unvereinbare Ansichten über die Frage aufeinander, wie der seit über zwei Jahren andauernden ausgeprägten gesamtwirtschaftlichen Schwäche zu begegnen sei. Somit war die Bundesregierung de facto auch dann schon nicht mehr handlungsfähig, als sie sich noch auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Mit dem formalen Bruch der Koalition kommt es nun sieben Monate früher zu Neuwahlen, worin die Chance auf eine neue Regierung liegt, die sich nicht intern blockiert und den privaten Akteuren mehr Klarheit über die ökonomisch relevanten Rahmenbedingungen verschafft. Ob eine solche Konstellation aus den Bundestagswahlen hervorgeht, ist indes unsicher.

Eine neue Bundesregierung steht vor erheblichen Aufgaben. Im März 2003 brachte die damalige Bundesregierung nach einer rund zweijährigen gesamtwirtschaftlichen Schwächephase weitreichende Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Agenda 2010 auf den Weg. Im Vergleich dazu stellt sich die Lage heute komplexer dar. War das damalige gesamtwirtschaftliche Problem im Wesentlichen auf den Arbeitsmarkt konzentriert, ist die heutige Standortschwäche das Ergebnis verschiedener Faktoren, die dazu geführt haben, dass das Preis-Leistungs-Verhältnis des Standorts im internationalen Vergleich seit einer Dekade zurückgefallen ist. So belegte Deutschland in der IMD World Competitiveness Rangliste im Jahr 2014 noch Platz 6, aktuell findet es sich auf Rang 24 wieder (IMD 2024). Zu den zentralen Herausforderungen gehören Maßnahmen zur Bewältigung der demografischen Alterung. Ab dem kommenden Jahr sinkt das Arbeitspotenzial in Deutschland, und mit der Verrentung der Boomer-Jahrgänge verschlechtert sich das Verhältnis aus Rentenbeziehern und Beitragszahlern erheblich. Es kommt daher darauf an, die sozialen Sicherungssysteme so zu gestalten, dass sie der demografischen Alterung gewachsen sind, ohne immer weiter an der Abgabenschraube zu drehen. Denn damit würde Deutschland nicht zuletzt im Wettbewerb um die Talente der Welt immer unattraktiver werden. Stattdessen kommt es darauf an, Arbeitsanreize zu stärken (etwa durch Reformen im Steuer-Transfer-System und mehr Eigenverantwortung in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung) und die Arbeitsproduktivität zu stärken (insbesondere durch den Abbau bürokratischer Lasten). Zum Abbau weitreichender Berichtspflichten wären insbesondere Initiativen auf EU-Ebene erforderlich, die eine neue Bundesregierung ergreifen müsste. Darüber hinaus müsste der Strukturwandel auch durch Deregulierung unterstützt werden, um über neue Technologien Produktivitätsfortschritte zu ermöglichen. Ferner wurde in den vergangenen Jahren eine Transformation der Energieversorgung eingeleitet, die – anders als in anderen Ländern – perspektivisch gänzlich auf konventionelle Energiequellen verzichten soll. Die damit einhergehenden Kosten für das Energiesystem (Netzumbau, Reserve- und Speicherkapazitäten, Subventionen für

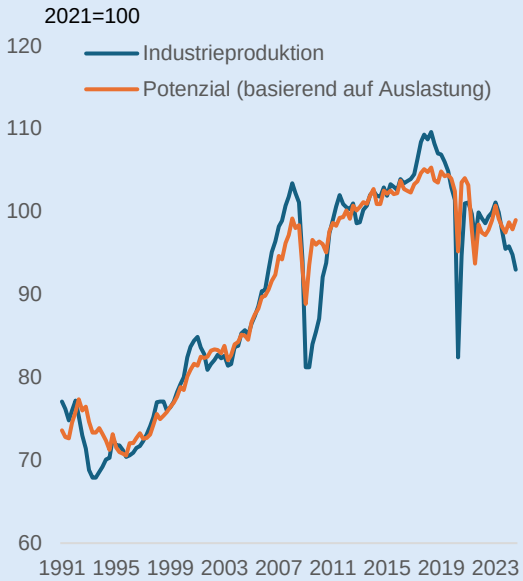
Produzenten erneuerbarer Energien) belasten insgesamt den Standort, weil die dafür aufzuwendenden Mittel an anderer Stelle fehlen. Zudem wurde über viele Jahre die Infrastruktur vernachlässigt, dem insbesondere durch eine verstärkte Nutzerfinanzierung begegnet werden könnte. Schließlich würde eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit einen deutlich höheren Anteil an den Staatsausgaben erfordern, was mittelfristig mit erheblichen Umschichtungen im Bundeshaushalt einhergehen müsste.

Kasten 1:

Wie haben sich die Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren entwickelt?

Die Industrieproduktion ist in den vergangenen Jahren massiv zurückgegangen. Zuletzt lag sie rund 10 Prozent unter ihrem Niveau des Jahres 2019. Für den wirtschaftlichen Ausblick ist es bedeutsam, wieviel der niedrigeren Produktion auf konjunkturelle bzw. temporäre Faktoren und wieviel auf einen dauerhaften Rückgang der Produktionskapazitäten zurückzuführen ist. Angesichts der großen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes – im Jahr 2023 lag dessen Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung bei rund 20 Prozent – ergeben sich daraus auch wichtige Rückschlüsse für Konjunktur und Produktionspotenzial. Die Produktionskapazitäten sind jedoch nicht beobachtbar und müssen deshalb geschätzt werden. Im Folgenden werden dazu Umfragen zur Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe herangezogen und die daraus resultierenden Ergebnisse anhand von weiteren Indikatoren eingeordnet.

Abbildung K1-1:
Industrieproduktion und Produktionskapazitäten



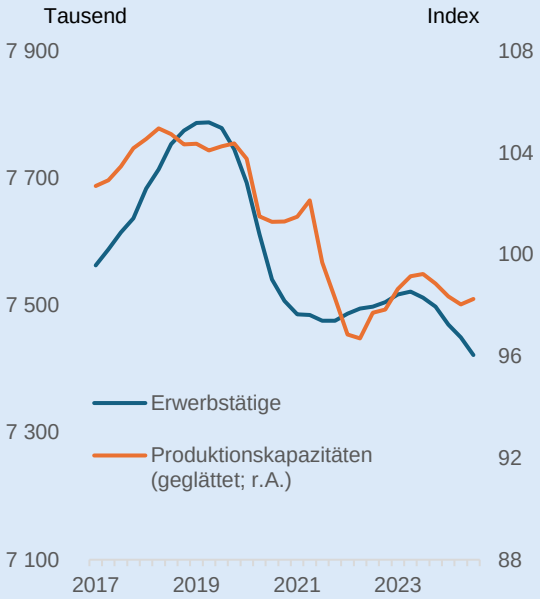
Quartalsdaten; preisbereinigt. Potenzial: Berechnet mittels der Abweichung der umfragebasierten Kapazitätsauslastung vom Mittelwert (1991-2019).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo; Berechnungen des IfW Kiel.

Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe werden quartalsweise durch das ifo Institut nach ihrer Kapazitätsauslastung befragt. Mittels dieses Indikators lassen sich Schwankungen der Industrieproduktion auf Veränderungen des Auslastungsgrads und der Produktionskapazitäten aufteilen. Freilich sind dazu recht strikte Annahmen notwendig, nicht zuletzt, dass sich die Normalauslastung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt über die Jahre nicht wesentlich geändert hat. Ferner wird unterstellt, dass sich die Angaben der Unternehmen im Wesentlichen auf die Industrieproduktion beziehen und nicht auf andere Aktivitäten wie Vertriebstätigkeiten oder Forschung und Entwicklung. Dieser Vorgehensweise zufolge lassen sich die Produktionsrückgänge zwar teilweise auf eine niedrigere Auslastung zurückführen, sie sind aber auch deutlichen Rückgängen der Produktionskapazitäten geschuldet und somit eher dauerhafter Natur (Abbildung K1-1). Seit dem Jahr 2019 sind die Kapazitäten um rund 6 Prozent zurückgegangen. Auffällig ist, dass die so abgeschätzten Produktionskapazitäten kurzfristig recht hohe Schwankungen aufweisen und insbesondere in Wirtschaftskrisen zeitweise deutlich zurückgegangen sind. Für gewöhnlich wird angenommen, dass sich Produktionskapazitäten nur allmählich ändern. Die Schwankungen könnten zum Teil damit zusammenhängen, dass die Angaben der Unternehmen vor allem in Krisenzeiten unpräziser sind bzw. einen anderen Zusammenhang mit der Industrieproduktion aufweisen als in normalen Zeiten. Zudem könnten Unternehmen insbesondere in Phasen abnehmender Produktionskapazitäten – beispielsweise, wenn Kapazitäten obsolet geworden sind – dazu tendieren, zunächst von einer sinkenden Auslastung ihrer bisher gewohnten Produktionskapazitäten zu berichten. Dies könnte für sich genommen dazu führen, dass Rückgänge der Produktionskapazitäten zunächst unterschätzt werden und der jüngste Rückgang der Produktion im Herbst, als die Kapazitätsauslastung regelrecht eingebrochen ist, stärker auf rückläufige Produktionskapazitäten zurückzuführen sein könnte, als von der Schätzmethodik signalisiert wird. Abgesehen von den kurzfristigen Schwankungen stehen die Ergebnisse eines sich bis zum Jahr 2019 abflachenden Wachstumspfads im Einklang mit anderen Schätzungen wie beispielsweise Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials auf Basis der Methodik der Europäischen Kommission (Boysen-Hogrefe et al. 2024).

Auch andere Beobachtungen sprechen für deutlich gesunkene Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe. So ist die Erwerbstätigkeit seit dem Jahr 2019 um mehr als 4 Prozent gesunken, das Arbeitsvolumen sogar um über 7 Prozent (Abbildung K1-2). Zwar können diese Rückgänge grundsätzlich auch konjunkturell bedingt sein. Allerdings ist die Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe nur etwas gestiegen. Zudem dürften viele Unternehmen angesichts des Fachkräftemangels eher dazu tendieren, sich mit Beschäftigungsabbau stärker als in früheren Schwächephasen zurückzuhalten. Dies spricht dafür, dass die Beschäftigungsrückgänge zu einem Gutteil struktureller Natur sind.

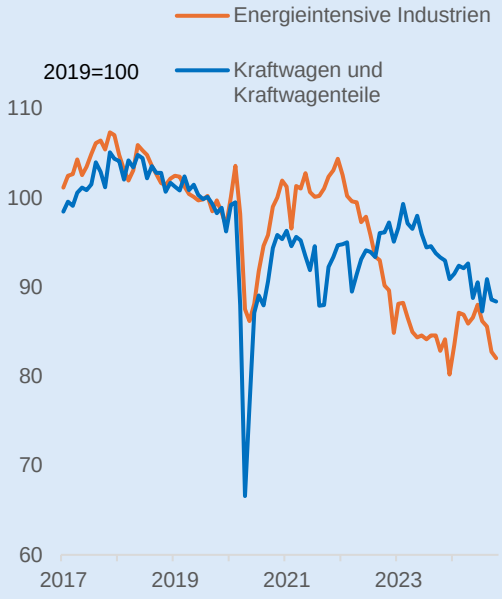
Abbildung K1-2:
Geschätzte Produktionskapazitäten und Erwerbstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe



Quartalsdaten. Produktionskapazitäten: Durchschnitt über 4 Quartale.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K1-3:
Produktion in den energieintensiven Branchen und bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen



Monatsdaten. Preis-, saison- und kalenderbereinigt.

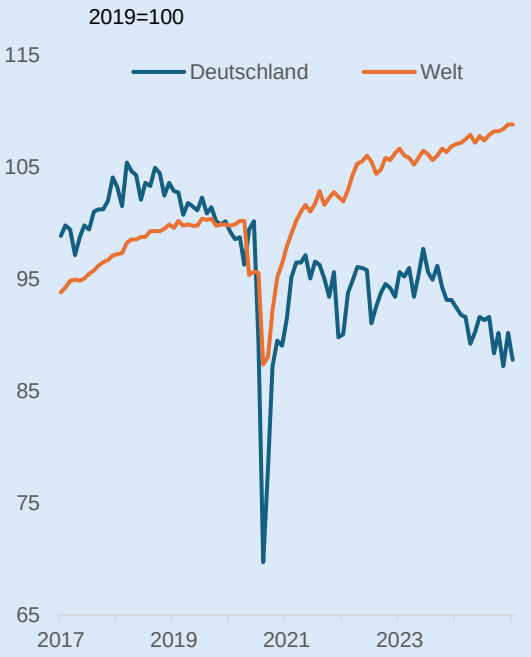
Quellen: Statistisches Bundesamt.

Zudem gibt auch andere Hinweise darauf, dass die Produktionskapazitäten in gewichtigen Branchen zuletzt zurückgefahren worden sind. So liegt die Produktion in den energieintensiven Branchen, die einen Anteil von rund 17 Prozent an der Industrieproduktion ausmachen, weiter unter ihrem Niveau von vor Beginn der Energiekrise (Abbildung K1-3). Da die Energiepreise – trotz der Rückgänge von den Höchstständen – wohl auf absehbare Zeit in Deutschland relativ hoch bleiben werden, wird die Produktion in den energieintensiven Branchen vorrausichtlich dauerhaft niedriger sein. In der Automobilbranche, die eine ähnliche Größenordnung aufweist, sind offenbar durch die Umstellung der Produktion zu Elektrofahrzeugen die Produktionskapazitäten dauerhaft gesunken (Falck et al. 2021).

Schließlich hat sich die Industrieproduktion in Deutschland von der weltweiten Industrieproduktion abgekoppelt. Die weltweite Produktion ist seit dem Jahr 2019 deutlich gestiegen, so dass international wirkende zyklische Gründe nicht für die Produktionsschwäche in Deutschland verantwortlich sein können (Abbildung K1-4). Vielmehr spricht dies – im Einklang mit Unternehmensbefragungen – dafür, dass die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe international an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben und die Produktion längerfristig gedämpft bleibt.

Gegen deutliche Rückgänge der Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt spricht, dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe seit 2019 deutlich stabiler war als die Industrieproduktion. Sie ist zwar schon seit mehr als einem Jahr in der Tendenz rückläufig, lag zuletzt aber nur um rund 2,5 Prozent unter ihrem Niveau aus dem Jahr 2019, so dass der schwache industrielle Ausstoß nicht voll auf die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung, gemessen anhand der Bruttowertschöpfung oder des Bruttoinlandsprodukts, durchgeschlagen ist (Abbildung K1-5). Grundsätzlich können mehrere Faktoren zu diesen Diskrepanzen beitragen, so zum Beispiel unterschiedliche Branchengewichtungen oder sich ändernde Vorleistungsquoten (Lehmann und Wollmershäuser 2024). Allerdings lassen sich die großen Unterschiede zwischen Industrieproduktion und Bruttowertschöpfung dadurch wohl nicht erklären. Dies könnte dafür sprechen, dass die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihre Produktion von Dienstleistungen, die in der Bruttowertschöpfung erfasst werden, nicht aber in der Industrieproduktion, deutlich hochgefahren haben. In diesem Fall wären die Auswirkungen der Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe auf das Produktionspotenzial nicht so gravierend, allerdings würde der Befund deutlicher rückläufiger Kapazitäten zur Produktion von Industriewaren Bestand haben. Hinzu kommt, dass in dem Maße, wie das Dienstleistungsgeschäft in Form von Serviceleistungen an den Verkauf von Industriewaren gekoppelt ist, eine rückläufige Industrieproduktion zeitversetzt auch das Potenzial für Dienstleistungen beeinträchtigen würde.

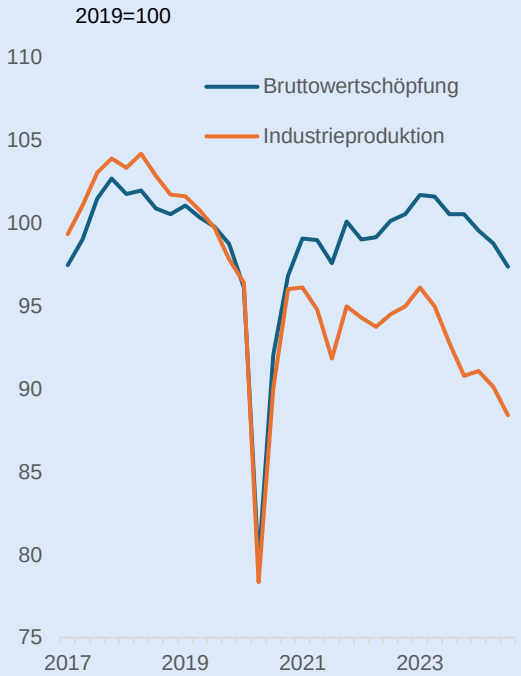
Abbildung K1-4:
Industrieproduktion in Deutschland und in der Welt



Monatsdaten. Preis-, saison- und kalenderbereinigt. Weltweite Industrieproduktion einschließlich Energieproduktion.

Quellen: Statistisches Bundesamt; CPB.

Abbildung K1-5:
Industrieproduktion und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe



Quartalsdaten. Preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

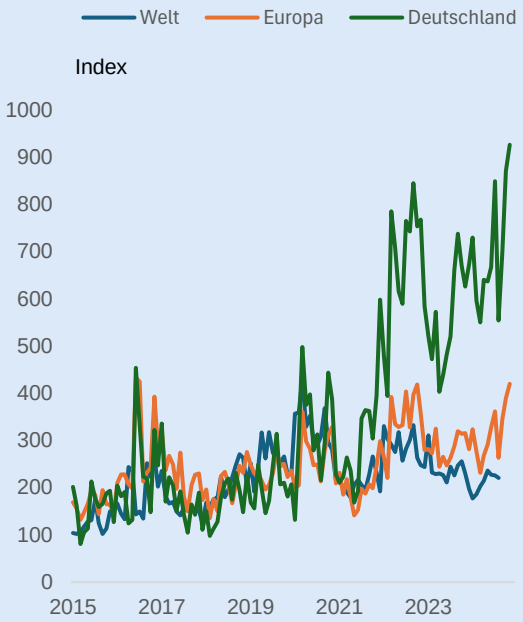
Kasten 2:

Zum Einfluss der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf die deutsche Konjunktur

Lukas Berend ist Ko-Autor dieser Analyse.

Die wirtschaftspolitische Unsicherheit – gemessen anhand von Medienartikeln – ist in Deutschland bereits seit geraumer Zeit ausgesprochen hoch. Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine ist sie im Zuge der Energiekrise sprunghaft gestiegen. Nachdem sie mit den nachlassenden Energiepreisen zunächst wieder gesunken war, ist sie seit dem Frühjahr des Jahres 2023 wieder deutlich aufwärtsgerichtet (Abbildung K2-1). Auffällig ist, dass die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland seit dem Jahr 2022 deutlich höher als in den europäischen Nachbarländern oder weltweit ist, während sie sich bis dahin nahezu im Gleichlauf bewegte. Eine hohe Unsicherheit kann die gesamtwirtschaftliche Aktivität insbesondere über einen Investitionsattentismus von Unternehmen und privaten Haushalten dämpfen (Bloom 2009). Im Folgenden soll abgeschätzt werden, inwieweit die erhöhte wirtschaftspolitische Unsicherheit zur schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beigetragen hat.

Abbildung K2-1:
Wirtschaftspolitische Unsicherheit



Monatsdaten.

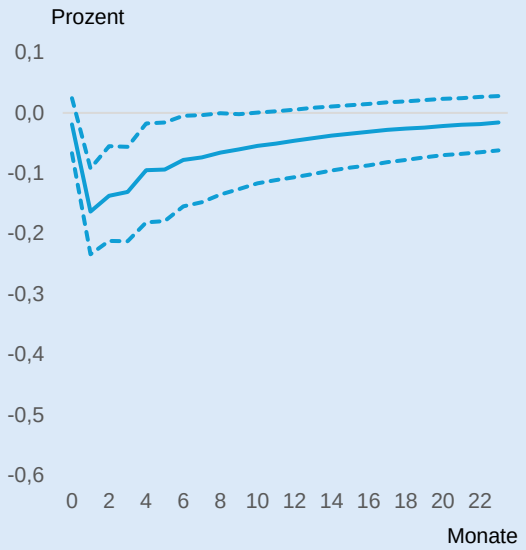
Quelle: Economic Policy Uncertainty.

Ein einschlägiger Indikator für die Messung wirtschaftspolitischer Unsicherheit wertet Artikel in ausgewählten Zeitungen aus (Baker et al. 2016). Je häufiger Schlagwörter vorkommen, die im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischer Unsicherheit stehen, desto höher fällt der Indikator aus. Ausschläge des Indikators lassen sich gut mit Ereignissen in Verbindung bringen, die die wirtschaftspolitische Unsicherheit erhöht haben, wie dem Brexit-Votum oder dem Beginn des Krieges in der Ukraine. Freilich weist ein solcher Indikator auch Schwächen auf. So könnte der Aufwärtstrend des Indikators damit in Verbindung stehen, dass mehr über Unsicherheit – und zum Teil auch über den Indikator selbst – berichtet wird, ohne dass die Unsicherheit tatsächlich höher wäre. Zudem gibt es Hinweise, dass die Ergebnisse auch von der jeweiligen Skalierung – d.h. wie für das Verhältnis der gezählten Schlagwörter zu der Anzahl der ausgewerteten Artikel kontrolliert wird – abhängen kann (Buliskeria et al. 2023).

Für die empirische Analyse zu den Auswirkungen des Anstiegs der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf das Bruttoinlandsprodukt wird ein vektorautoregressives Modell (VAR) verwendet. Neben dem Bruttoinlandsprodukt werden als Kontrollvariablen in das Modell folgende Variablen aufgenommen: die Aktienkurse und ihre Volatilität auf Basis des DAX, die Zinsen gemessen anhand von Bundesanleihen mit zweijähriger Laufzeit, die Zahl der Erwerbstätigen und die Verbraucherpreise. Bis auf die DAX-Volatilität und die Zinsen gehen die Variablen logarithmiert in das Modell ein. Das Modell wird basierend auf Monatsdaten für den Zeitraum von Januar 1993 bis September 2024 geschätzt. Dazu wird das nur auf Quartalsdatenbasis vorliegende Bruttoinlandsprodukt mithilfe der Industrieproduktion zu Monatsdaten interpoliert. Es werden drei Verzögerungen der Variablen in das Modell aufgenommen. In Anlehnung an gängige Methoden (Baker et al. 2016; Jurado et al. 2015) werden die Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Unsicherheit unter der Annahme identifiziert, dass die Unsicherheit kontemporär alle anderen Variablen beeinflussen kann, aber nicht durch diese Variablen kontemporär beeinflusst wird (Cholesky-Identifikation).

Den Ergebnissen zufolge dämpft ein Anstieg der wirtschaftspolitischen Unsicherheit um eine Standardabweichung (dies entspricht einem Anstieg von etwa 30 Prozent) das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in der Spitze um etwa 0,15 Prozent (Abbildung K2-2). Der maximale Effekt wird recht schnell erreicht. Danach lässt der negative Einfluss wieder nach. Auf die Industrieproduktion wirkt ein Anstieg der Unsicherheit mit einem maximalen Effekt von etwa 0,4 Prozent stärker (Abbildung K2-3). Dies ist plausibel, da ein Rückgang der Investitionstätigkeit besonders stark bei der Industrieproduktion zu Buche schlägt. Signifikant negative Effekte ergeben sich auch, wenn die Produzentenpreise für Gas und Strom in das Modell

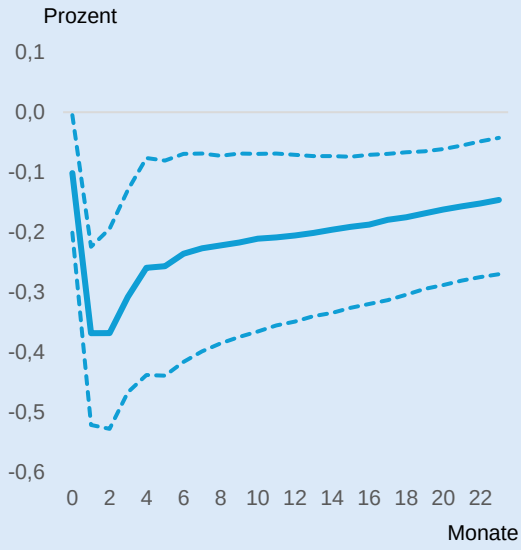
Abbildung K2-2:
Wirkung eines Anstiegs der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf das Bruttoinlandsprodukt



Monatsdaten. Auswirkungen eines Unsicherheits-Schocks, der zu einer Erhöhung der wirtschaftspolitischen Unsicherheit um eine Standardabweichung (Anstieg um rund 30 Prozent) führt. Gestrichelte Linien: 68-Prozent-Intervall.

Quellen: Economic Policy Uncertainty; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K2-3:
Wirkung eines Anstiegs der wirtschaftspolitischen Unsicherheit auf Industrieproduktion



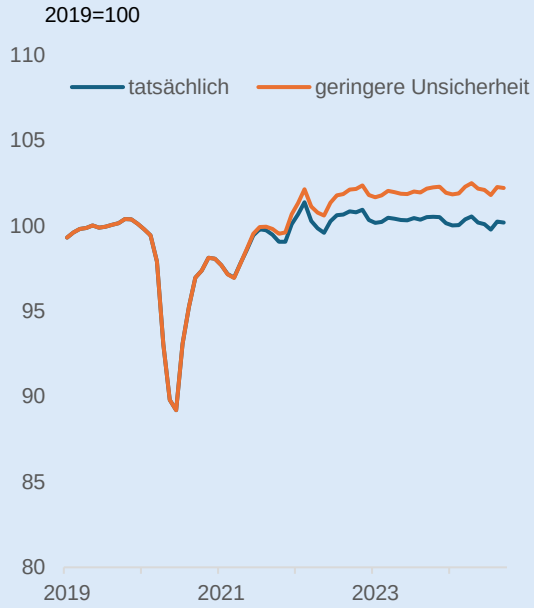
Monatsdaten. Auswirkungen eines Unsicherheits-Schocks, der zu einer Erhöhung der wirtschaftspolitischen Unsicherheit um eine Standardabweichung (Anstieg um rund 30 Prozent) führt. Gestrichelte Linien: 68-Prozent-Intervall.

Quellen: Economic Policy Uncertainty; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

aufgenommen werden (um für die Auswirkungen der Energiekrise zu kontrollieren) oder wenn zur Identifikation der Effekte zugelassen wird, dass die wirtschaftspolitische Unsicherheit kontemporär durch alle anderen Variablen des VARs beeinflusst werden kann, die anderen Variablen aber erst mit einem Monat Verzögerung beeinflussen kann. Freilich ist der maximale Effekt der wirtschaftspolitischen Unsicherheit dann geringer. Geringere (und weniger statistisch signifikante) Effekte der wirtschaftspolitischen Unsicherheit ergeben sich auch, wenn man das Modell nur bis zum Jahr 2019 schätzt, also für den Zeitraum, bevor es zu den jüngsten kräftigen Anstiegen kam. Dies könnte dafür sprechen, dass die wirtschaftspolitische Unsicherheit nicht-lineare Effekte auf die Wirtschaftsleistung ausübt, also größere Anstiege überproportional große Auswirkungen haben, während kleinere Schwankungen die Wirtschaftsleistung nur geringfügig beeinflussen. Vergleichbare Effekte ergeben sich, wenn man die Auswirkungen globaler bzw. europäischer wirtschaftspolitischer Unsicherheit mit dem Modell abschätzt. Insgesamt stehen die Ergebnisse qualitativ im Einklang mit zahlreichen anderen Studien zu den Auswirkungen von Unsicherheit auf die Konjunktur, die auf alternativen Unsicherheitsmaßen oder Identifikationsmethoden basieren (Ademmer et al. 2019; Ademmer und Jannsen 2019; Bachmann et al. 2013; Baker et al. 2016; Born et al. 2018; Junker und Michelsen 2024; Jurado et al. 2015, Meinen und Röhe 2017). Der quantitative Einfluss hängt aber von den gewählten Spezifikationen ab.

Mithilfe der VAR-Analyse kann abgeschätzt werden, inwieweit der Anstieg der wirtschaftspolitischen Unsicherheit in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen Jahren gedämpft hat. Hätte sich die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland seit Anfang 2021 entsprechend der wirtschaftspolitischen Unsicherheit in Europa entwickelt und wäre dieses niedrigere Niveau allein auf die identifizierten wirtschaftspolitischen Unsicherheitsschocks zurückzuführen gewesen, hätte sich das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland deutlich günstiger entwickelt. In der Spitze könnte demzufolge durch die höhere Unsicherheit in Deutschland ein um bis zu 2 Prozent niedrigeres Bruttoinlandsprodukt erklärt werden (Abbildung K2-4). Im Durchschnitt lag das Bruttoinlandsprodukt den Schätzungen zufolge seit dem Jahr 2021 um reichlich 1 Prozent unter dem Niveau, das bei einem Unsicherheitsniveau auf europäischer Ebene zu erwarten gewesen wäre. Freilich muss bei der Interpretation dieser Ergebnisse bedacht werden, dass ein Grundproblem solcher Analysen – nämlich, dass die wirtschaftspolitische Unsicherheit auch von Faktoren getrieben werden dürfte, die gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt beeinflussen – durch die hier verwendete Identifikationsmethode genauso wie durch andere Methoden nur bedingt gelöst werden kann. So dürften

Abbildung K2-4:
Bruttoinlandsprodukt bei niedrigerer Unsicherheit im Vergleich zur tatsächlichen Entwicklung



Monatsdaten. Geringe Unsicherheit: BIP-Pfad, wenn die sich die Unsicherheit in Deutschland aufgrund geringerer Unsicherheits-Schocks seit 2021 so wie in Europa entwickelt hätte. Durchschnitt über 3 Monate.

Quellen: Economic Policy Uncertainty; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

beispielsweise schlechte wirtschafts-politische Rahmenbedingungen nicht nur die Unsicherheit erhöhen, sondern auch unmittelbar das Bruttoinlandsprodukt dämpfen. Für einige solcher Einflussfaktoren kann man in empirischen Analysen jedoch nur schwer kontrollieren. Dies spricht dafür, dass die unmittelbaren Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Unsicherheit bei der hier verwendeten Vorgehensweise eher überschätzt werden. Zudem können die Ergebnisse quantitativ deutlich mit der gewählten empirischen Vorgehensweise variieren.

Alles in allem dürfte die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland die Wirtschaftsleistung hierzulande dämpfen, auch wenn das Ausmaß nur schwer abgeschätzt werden kann. Sofern der offenbar nicht mehr einvernehmliche wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung zur hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit beigetragen hat, könnte das vorgezogene Ende der Legislaturperiode die Phase der hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit verkürzen, je nach Ausgang der Neuwahlen die Unsicherheit reduzieren und zu einer wirtschaftlichen Belebung beitragen. Allerdings spricht vieles dafür, dass die wirtschaftspolitische Unsicherheit schon allein aufgrund geo- bzw. handelspolitischer Risiken vorerst auf erhöhtem Niveau bleiben wird.

Kasten 3:

Zu den Auswirkungen einer vorläufigen Haushaltsführung im Jahr 2025

Durch die vorzeitige Auflösung der bisher regierenden Koalition hat die Bundesregierung keine Mehrheit mehr im Parlament. Der Haushalt für das Jahr 2025 dürfte nicht mehr beschlossen werden. Da die Neuwahlen im Februar anstehen, Zeit für eventuelle Koalitionsverhandlungen verstreichen wird und die neue Regierung dann erst den Haushalt vorschlagen kann, gehen wir davon aus, dass der Bund bis in das dritte Quartal 2025 ohne geltendes Haushaltsgesetz agieren muss. Zudem dürften einige Projekte, deren Realisierung wir bisher in der Prognose unterstellt hatten, entfallen.

Solange kein Haushaltsgesetz für das jeweils laufende Jahr beschlossen ist, gilt die sogenannte vorläufige Haushaltsführung. Alle Ausgaben, zu denen der Bund vertraglich oder gesetzlich verpflichtet ist, werden weiterhin getätigt. Disponible Ausgaben, für die das Haushaltsgesetz die Grundlage bietet, können hingegen nun nicht mehr ohne weiteres getätigt werden. Im Jahr 2018 kam es bereits zu einer längeren vorläufigen Haushaltsführung, nachdem die Koalitionsverhandlungen zwischen Union, FDP und Grünen gescheitert waren.

Im ersten Quartal 2018 ist der nominale Staatskonsum im Vergleich zum Vorquartal saisonbereinigt erstmals nach mehr als sieben Jahren gesunken, in einer Phase, in der der Staatskonsum in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet war. Im Vergleich zum Vorjahr gab es ein Minus bei den Vorleistungskäufen des Bundes von 3,5 Prozent nach 10 Prozent Plus im Vorjahr. Zudem lagen die geleisteten Vermögenstransfers des Bundes unter den Vorjahreswerten. Allerdings sind diese eine mitunter stark schwankende Größe, so dass aus den Zahlen selbst kein klarer Zusammenhang mit der vorläufigen Haushaltsführung erkennbar ist.

Für die vorliegende Prognose nehmen wir an, dass die Vorleistungskäufe des Bundes in den ersten drei Quartalen des kommenden Jahres unter den Werten des Vorjahres bleiben werden. Zwar rechnen wir für das vierte Quartal mit einer Gegenbewegung, doch dürfte es insgesamt einen leicht dämpfenden Einfluss auf den Staatskonsum im Gesamtjahr geben. Weitere Effekte der vorläufigen Haushaltsführung unterstellen wir nicht, unter anderem weil Verpflichtungsermächtigungen aktuell eine größere Bedeutung haben als im Jahr 2018.[i] Insgesamt rechnen wir mit rund 1,5 Mrd. Euro Ausgaben, die jeweils in den ersten drei Quartalen unterbleiben. Etwa die Hälfte davon wird im vierten Quartal nachgeholt werden.

Bezüglich der Projekte, die von der Ampel-Koalition noch angestoßen wurden und aktuell im Gesetzgebungsverfahren sind, rechnen wir damit, dass der Ausgleich der kalten Progression und die Erhöhung des Kindergeldes umgesetzt werden. Mit anderen Punkten des im Entwurf vorliegenden Steuerfortentwicklungsgesetzes bzw. der Wachstumsinitiative rechnen wir indes nicht mehr.

[i] Verpflichtungsermächtigungen liefern in einem Haushaltsgesetz die rechtliche Grundlage für Ausgaben in den Folgejahren. Die davon abgedeckten Projekte dürften von der vorläufigen Haushaltsführung nicht beeinträchtigt sein.

Kasten 4:

Zur Rolle der Finanzpolitik angesichts der ausgeprägten Schwäche der deutschen Wirtschaft: Ein europäischer Vergleich

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist seit dem Jahr 2019 kaum gestiegen, während viele andere Länder der EU deutlich expandierten (Abbildung K4-1). Da aktuell die Finanzierungsdefizite in vielen Ländern der Europäischen Union und insbesondere im Euroraum deutlich größer sind als die in Deutschland, stellt sich die Frage, welchen Anteil die Finanzpolitik an der Divergenz hat. Als Referenzpunkt wird hier das Jahr 2019 gewählt, da damals die Ergebnisse der öffentlichen Haushalte nicht durch die Schocks der Corona-Pandemie und der Energiekrise beeinträchtigt waren. Für das Jahr 2024 wiederum dürften spezifische Maßnahmen in Reaktion auf diese beiden Krisen keinen bedeutenden direkten Einfluss mehr auf das Budget der Mitgliedsländer nehmen.

Der Budgetsaldo hat sich in allen Mitgliedsländern außer Irland, Portugal, Spanien und Zypern im Jahr 2024 verglichen zum Jahr 2019 ausweislich der aktuellen Projektionen der EU-Kommission verschlechtert (Abbildung K4-2). Bemerkenswerterweise haben alle diese Länder in der Eurokrise in der einen oder anderen Form Hilfen der Rettungsschirme in Anspruch genommen. Der Budgetsaldo im Euroraum insgesamt weist ein um 2,5 Prozentpunkte höheres Defizit auf. Der Budgetsaldo Deutschlands hat sich sogar um 3,5 Prozentpunkte verschlechtert. Dieser stärkere Rückgang ist auch Ausdruck der derzeit schwächeren Konjunktur. Um dem Rechnung zu tragen, kann die Entwicklung des (um konjunkturelle Einflüsse bereinigten) strukturellen Primärsaldos in Betracht gezogen werden, der als ein Maß für die Ausrichtung der Finanzpolitik gilt. Hier zeigt sich für Deutschland ein etwas stärkerer Rückgang als für den Euroraum insgesamt. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der übrige Euroraum insgesamt relativ zur Wirtschaftsleistung auch größere Transfers aus dem NextGenerationEU-Programm erhalten hat als Deutschland. Hätten die Budgets der anderen Euroraum-Länder eine Unterstützung erhalten, die den Zahlungen an Deutschland entsprochen hätte, wäre bei ansonsten gleichen Einnahmen und Ausgaben der Wert für die Differenz des strukturellen Primärsaldos zwischen den Jahren 2024 und 2019 in etwa identisch gewesen.

Die Einnahmequoten in Deutschland sowie im Euroraum haben sich gegenüber dem Jahr 2019 kaum verändert. Die Veränderung des Budgetsalden korrespondiert somit vollständig mit dem Anstieg der Staatsausgabenquoten (Abbildung K4-3). Dieser Anstieg ist nur zu einem geringen Teil auf höhere Zinszahlungen zurückzuführen. Zusammen mit dem Befund zum strukturellen Primärsaldo lässt sich somit festhalten, dass sowohl in Deutschland als auch im Euroraum insgesamt die Staatstätigkeit relativ zur Wirtschaftsleistung merklich ausgeweitet wurde. Dies lässt sich auch an den deutlich gestiegenen Anteilen des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt feststellen (Abbildung K4-4). Nur in Dänemark und Zypern ist der Anteil gesunken. Mit Blick auf die Länder des Euroraums ist der Anteil nur in kleineren Ländern wie Estland, Finnland oder Slowenien stärker gestiegen als in Deutschland.

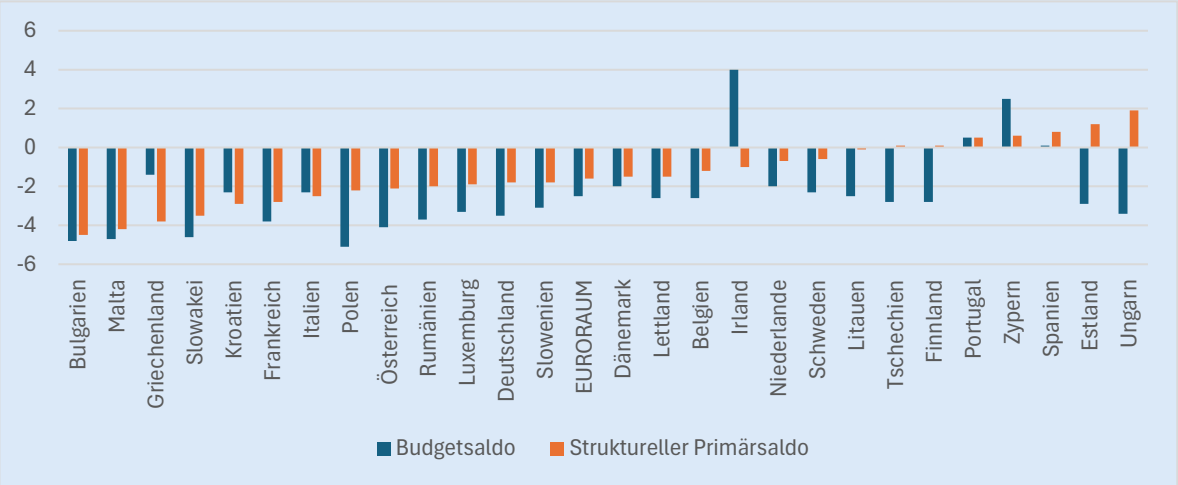
In der Summe hat sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik in Deutschland kaum anders als im übrigen Euroraum verändert. Zugleich ist die Rolle des Staates für die deutsche Wirtschaft und für den übrigen Euroraum größer geworden. Die Staatsquote ist auch bereinigt um konjunkturelle Effekte gestiegen, und der Staatskonsum nimmt einen größeren Teil der Produktion in Anspruch.

Abbildung K4-1:

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts zwischen 2019 und 2024

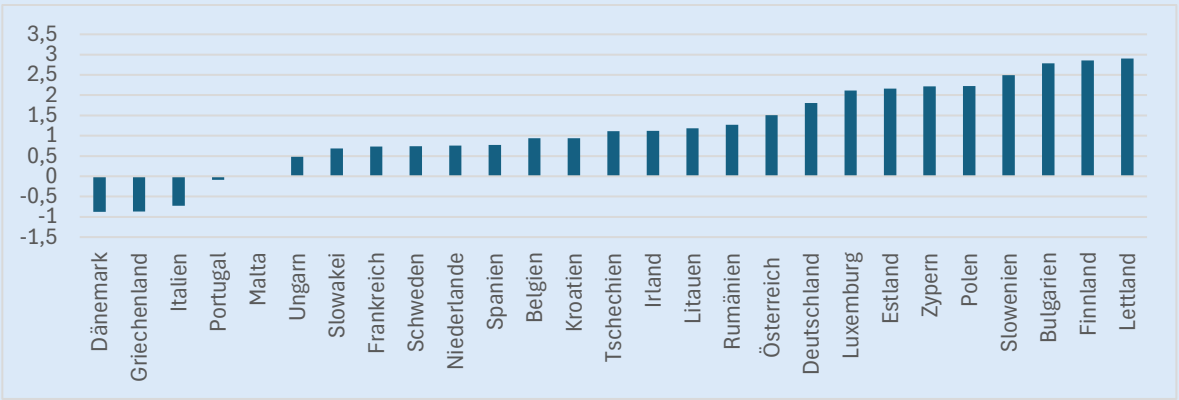
Preisbereinigt. Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozent.
Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel

Abbildung K4-2:
Veränderung der Budgetsalden der Länder der EU zwischen 2019 und 2024



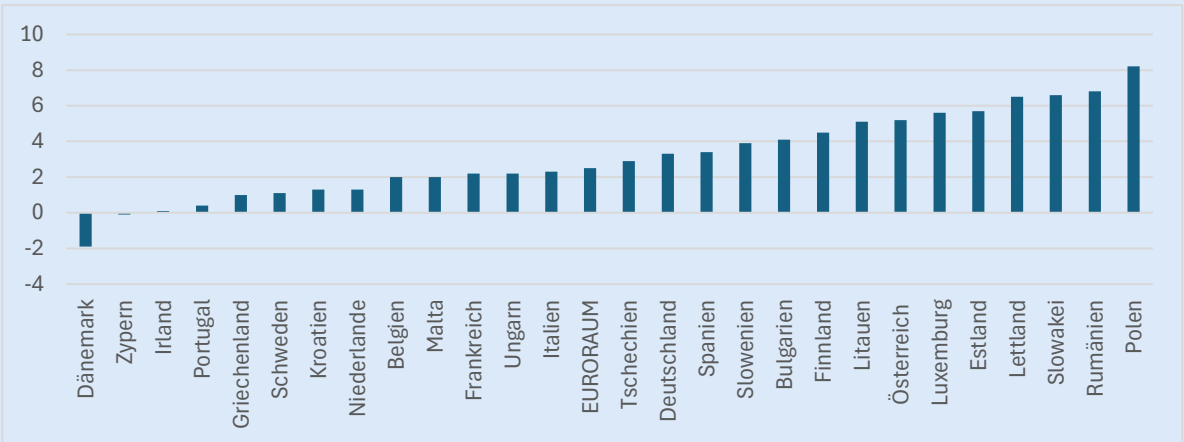
Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt.
Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K4-4:
Veränderung des Anteils des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt in Ländern der EU zwischen 2019 und 2024



Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt.
Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel

Abbildung K4-3:
Veränderung der Staatsausgabenquoten der Länder der EU zwischen 2019 und 2024



Differenz zwischen 2024 und 2019 in Prozentpunkten relativ zum Bruttoinlandsprodukt.
Quelle: AMECO, Berechnungen des IfW Kiel.

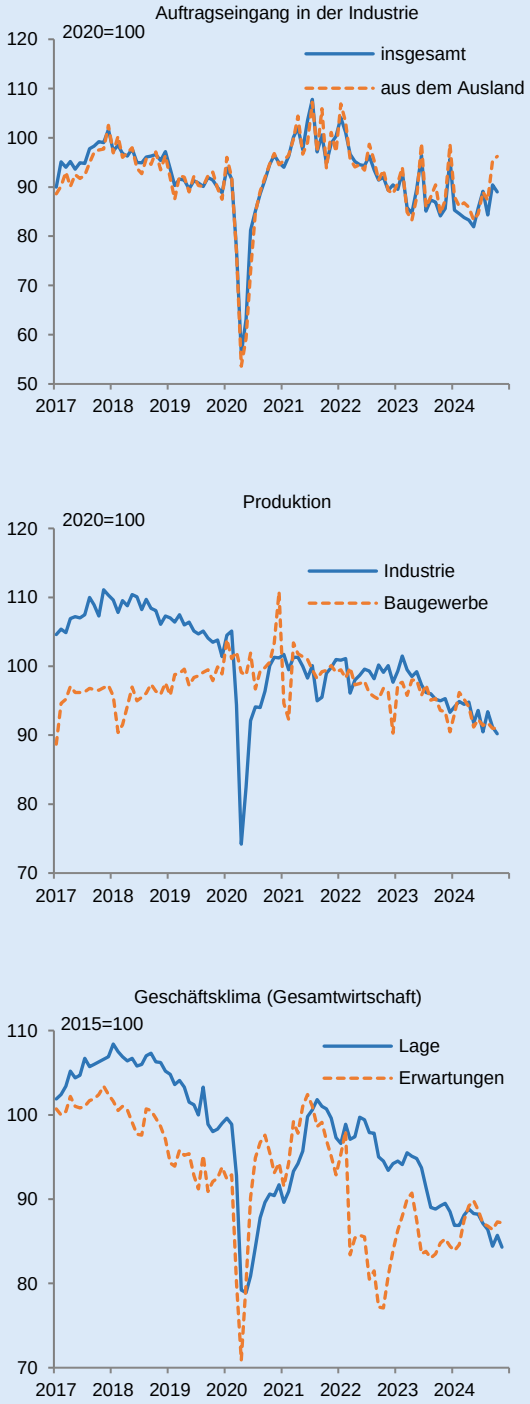
Datenanhang

INHALT

Datenanhang 26
1. Konjunkturindikatoren 27
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung 28
3. Außenwirtschaft 30
4. Inländische Verwendung 32
5. Wirtschaftsbereiche 35
6. Löhne 36
7. Beschäftigung 37
8. Öffentliche Finanzen 39
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit 41
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 42
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 43
12. Hauptaggregate der Sektoren 46
Literatur 49

1. Konjunkturindikatoren

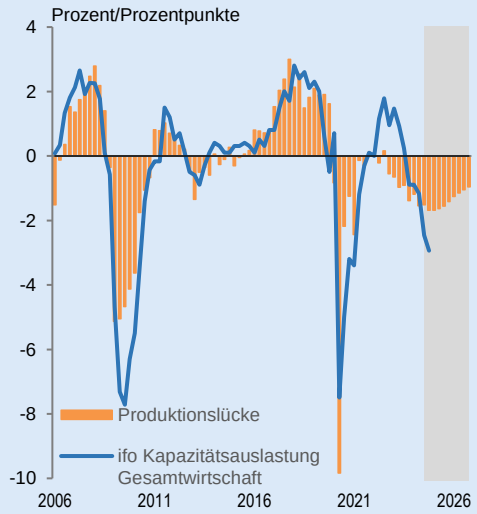
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

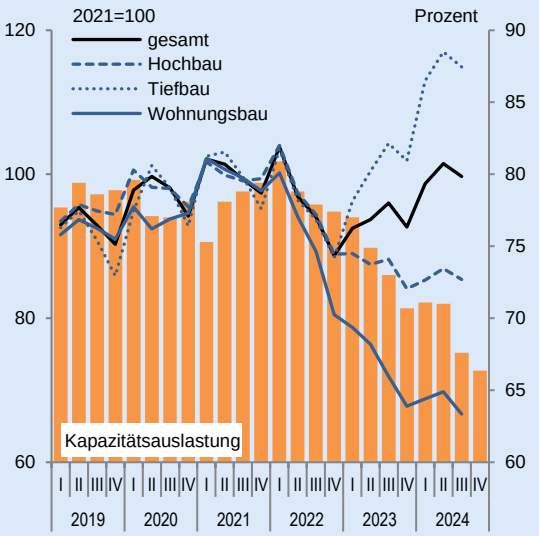
Abbildung 1.2:
Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten: Prozentuale Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial, Schätzung des Produktionspotenzials aus der Mittelfristprojektion Herbst 2024 (Boysen-Hogrefe et al. 2024), Abweichung der ifo gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vom Mittelwert in Prozentpunkten (2005 bis 2019).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut - Leipniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

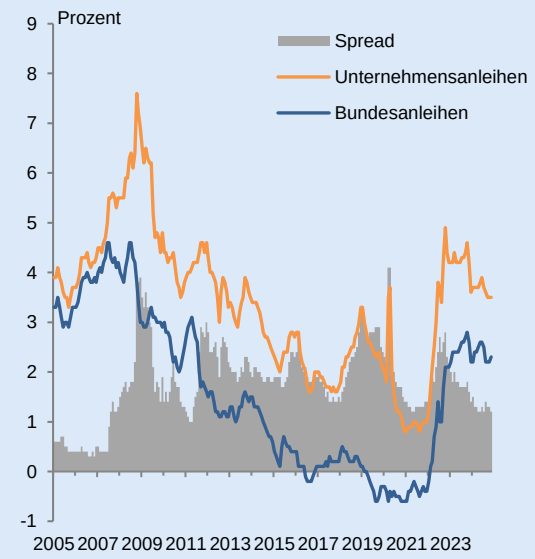


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven;* eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

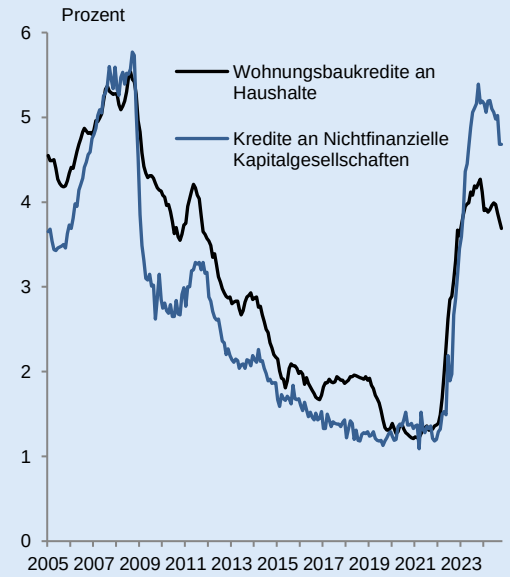
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht;* Berechnungen des IfW Kiel.

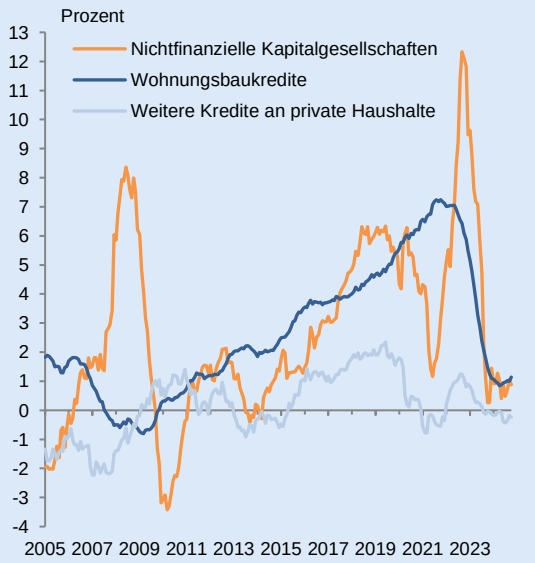
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; Effektivzinssätze, Neugeschäft, Kredite insgesamt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

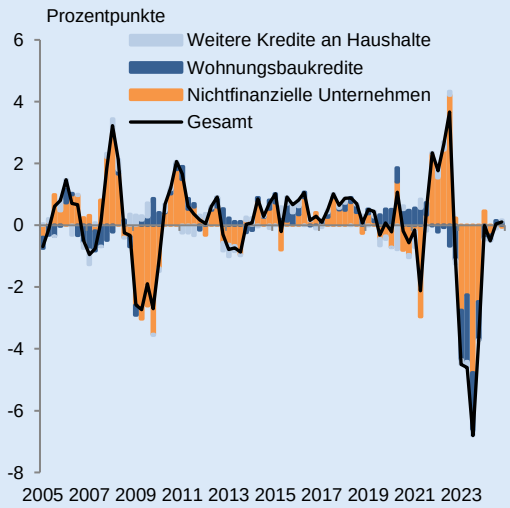
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel..

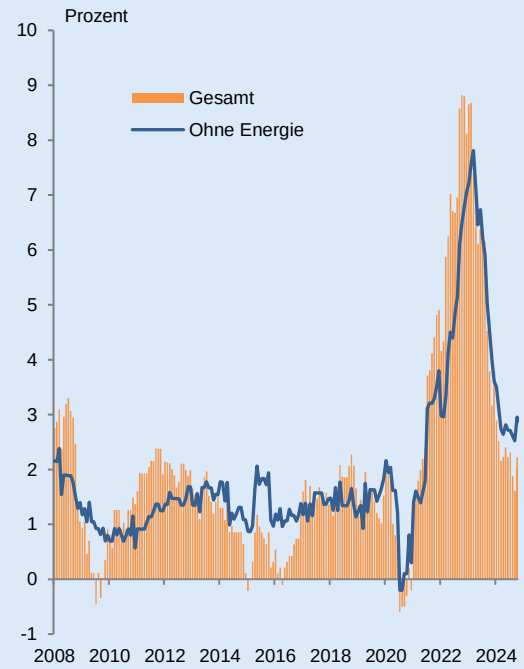
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

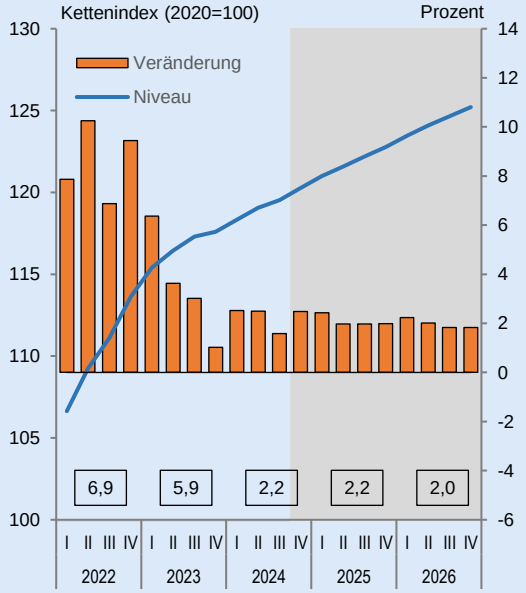
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur

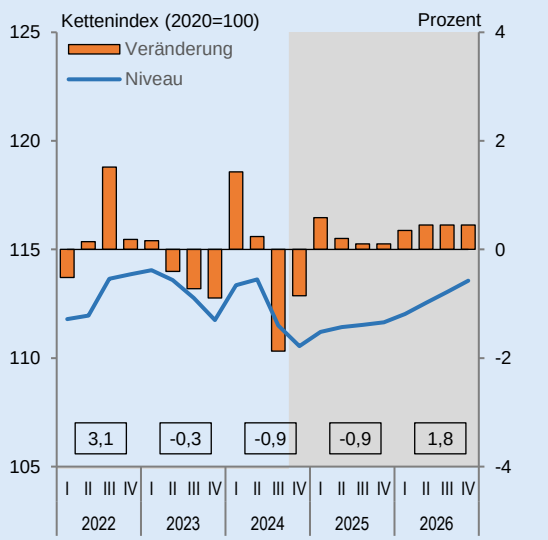
	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	4,00	3,75	3,50	3,00	2,50	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Langfristige Zinsen	2,28	2,48	2,28	2,21	2,15	2,15	2,15	2,15	2,15	2,15	2,15	2,15
US-Dollar/Euro	1,09	1,08	1,10	1,07	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	91,8	92,1	92,1	91,5	91,0	90,6	90,3	90,2	90,1	90,0	90,0	90,0
Exportmärkte	0,5	0,4	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Rohölpreis	81,9	85,0	78,7	73,5	72,3	71,6	71,0	70,5	70,1	69,7	69,4	69,1
Gaspreis	27,4	31,7	35,4	43,3	48,0	46,3	45,3	43,4	40,9	35,0	34,3	34,4
Strompreis	69,2	72,9	78,3	118,4	97,8	97,8	97,8	97,8	88,0	88,0	88,0	88,0

Leitzins der EZB: Zinssatz der Einlagefazilität (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9−10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent. Gaspreis: Euro je MWh (TTF). Strompreis: Euro je MWh (Phelix, Baseload).

Quelle: EZB, *Monatsbericht;* Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; EIA, Refinitiv, EEX, ENDEX; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

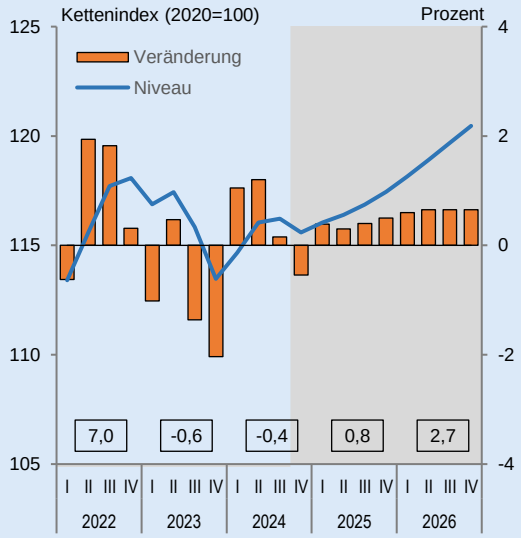
Abbildung 3.1:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

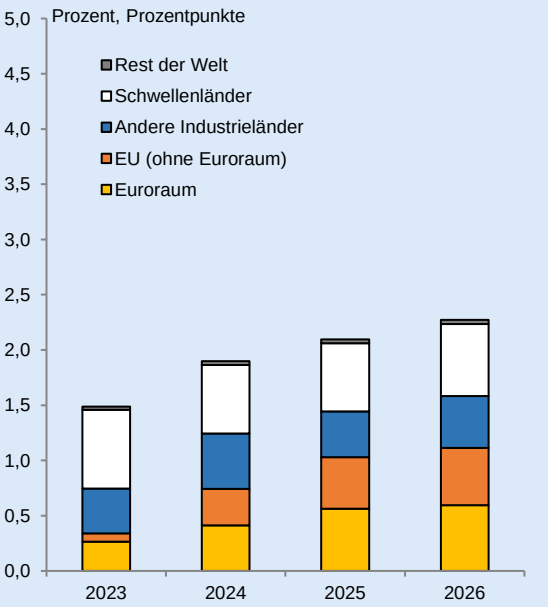
Abbildung 3.2:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

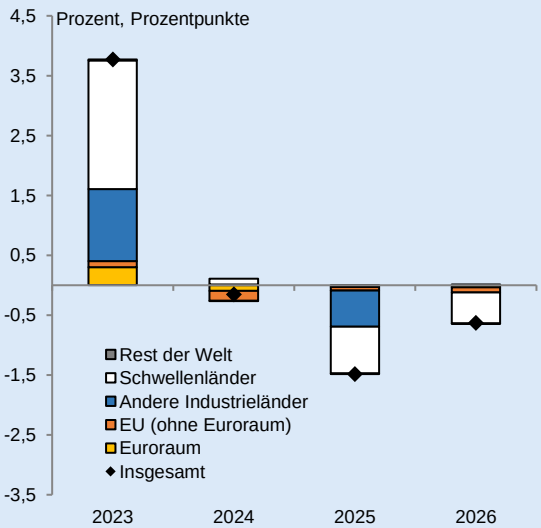
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 64 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

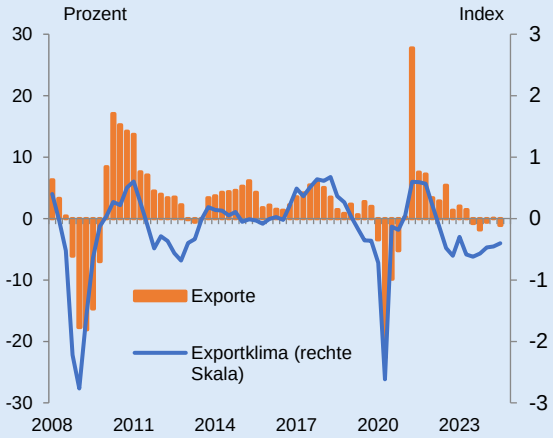
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

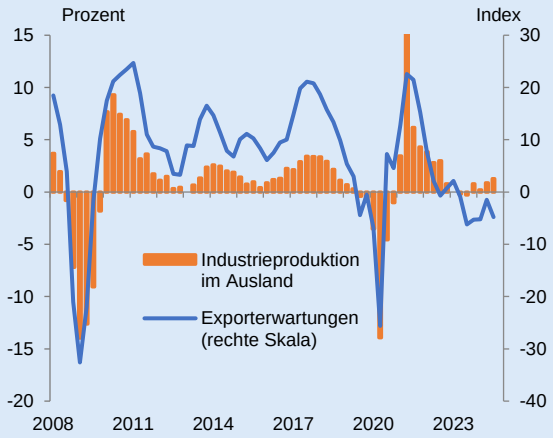


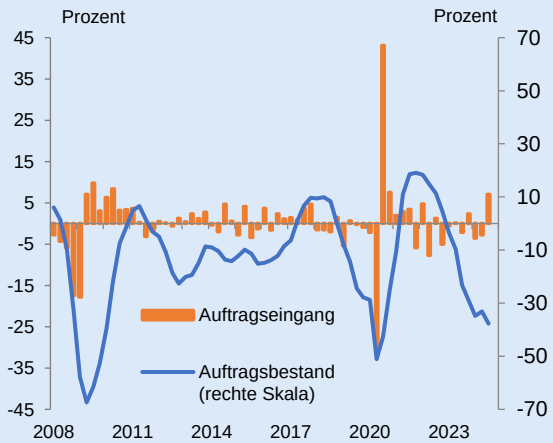
Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 57 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 60 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 11.2023*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren





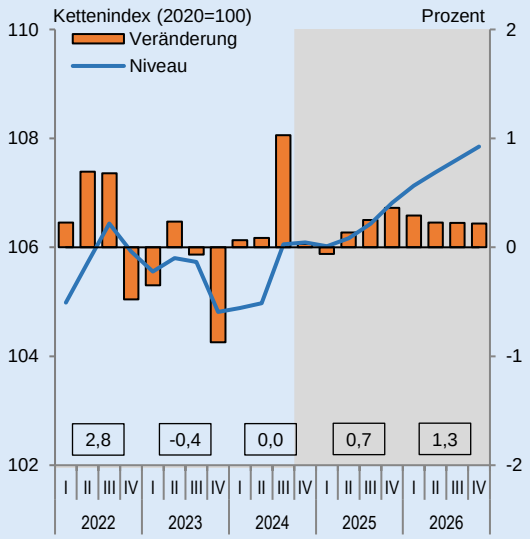


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen: Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; CPB, *World Trade Monitor*; Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

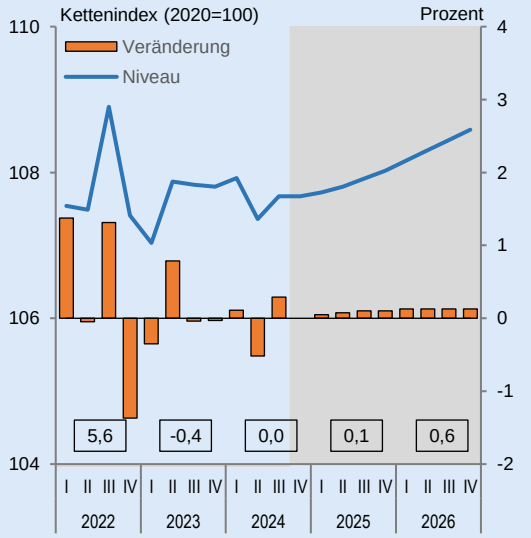
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

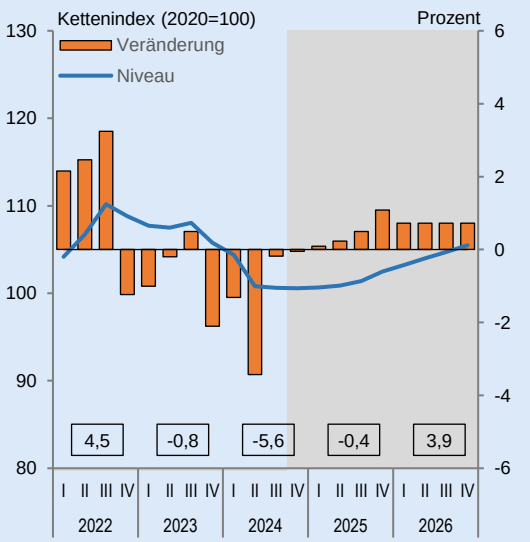
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

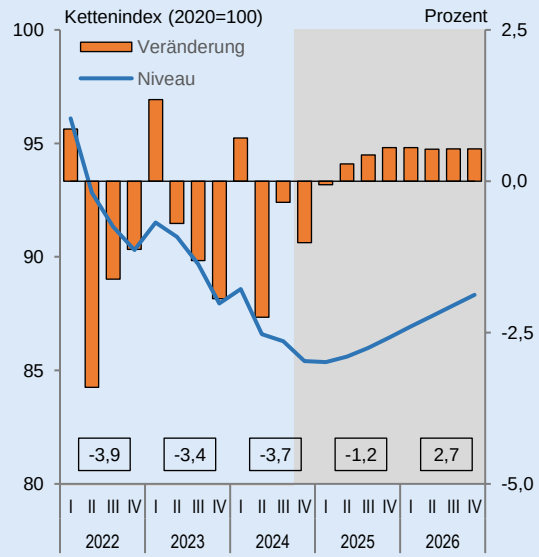
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

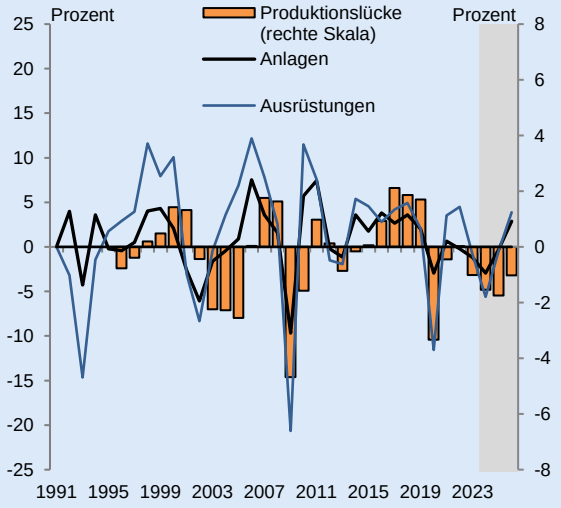
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

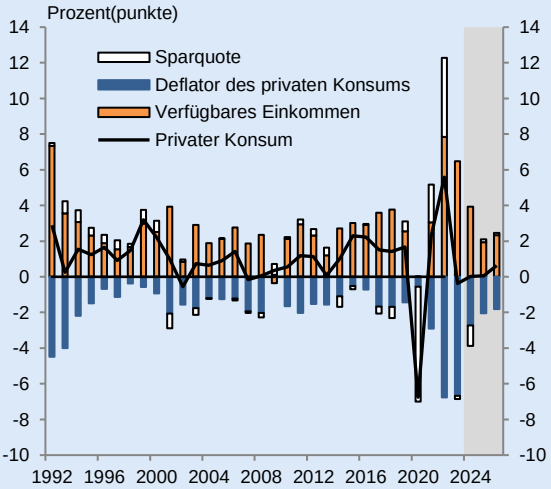
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

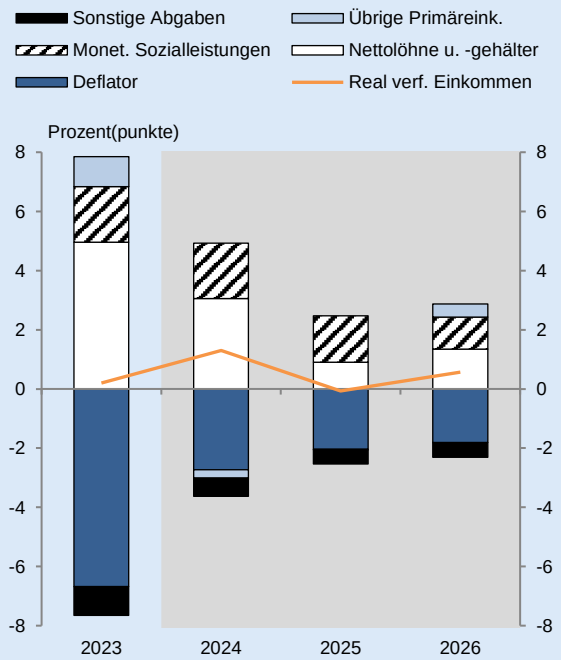
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

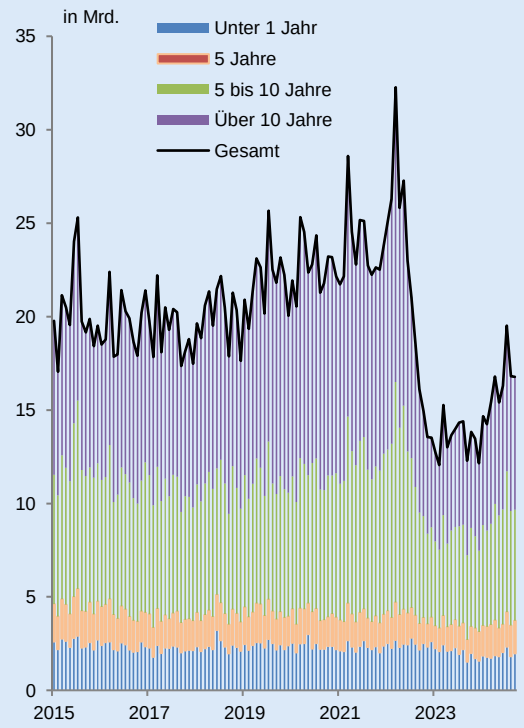
Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steu-ern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

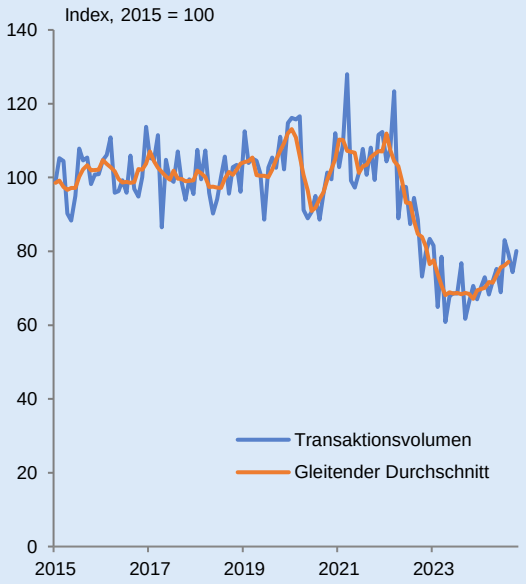
Abbildung 4.8:
Neugeschäftsvolumina Wohnungsbaukredite



Monatsdaten, bei Neugeschäften, verschiedene Laufzeiten, in Milliarden Euro.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*.

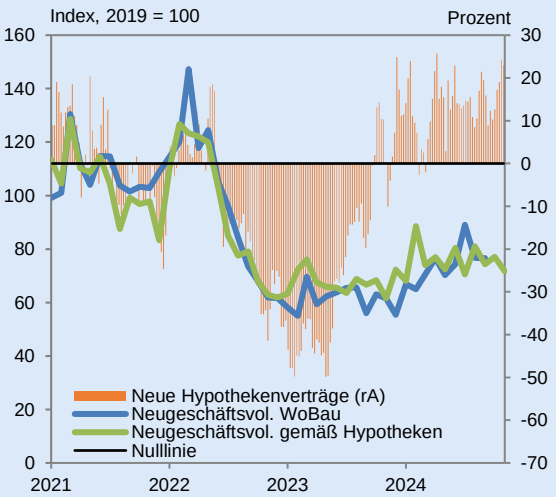
Abbildung 4.9:
Transaktionsvolumen von Immobilien



Monatsdaten, Transaktionvolumen von Immobilien, preisbereinigt, auf Basis der Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer der Länder.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, vdp Immobilienpreisindizes, Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 4.10:
Hypothekenverträge



Wochendaten, Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, Fallzahl der Hypothekenverträge von privaten Haushalten; Monatsdaten, Neugeschäftsvolumina für Wohnungsbaukredite, Fortschreibung des Neugeschäftsvolumens mittels neuer Hypothekenverträge.

Quelle: SCHUFA Holding AG, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen	-1,2	-2,9	-0,3	2,9
Unternehmensinvestitionen	0,7	-2,5	0,0	1,9
Ausrüstungen	-0,8	-5,6	-0,4	3,9
Wirtschaftsbau	-4,1	-3,2	0,3	1,7
Sonstige Anlagen	4,7	4,0	2,5	1,9
Wohnungsbau	-4,1	-5,3	-2,1	3,4
Öffentlicher Bau	0,8	2,0	-0,2	1,6
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	-3,4	-3,7	-1,2	2,7

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

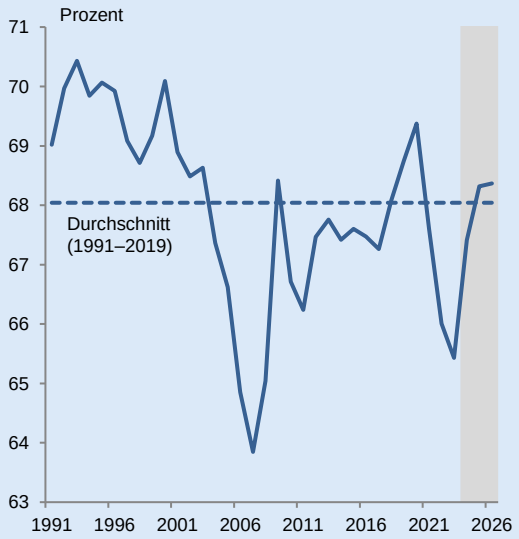
	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,1	-0,5	-0,2	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,3	-1,0	-1,4	-0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-0,8	-1,4	-0,2	0,2	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-3,4	-2,0	-1,0	-0,5	-0,3	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Baugewerbe	1,8	-3,4	-1,2	-0,5	-0,2	0,0	0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,5	-0,8	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Information und Kommunikation	1,9	-0,4	-0,4	-0,2	0,0	0,2	0,4	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,4	-0,8	-0,9	-0,5	-0,3	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,0	-0,2	-0,2	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Unternehmensdienstleister	-0,7	0,3	-0,3	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Öffentliche Dienstleister	0,4	0,2	1,3	0,1	-0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
Sonstige Dienstleister	2,2	-0,3	0,6	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2

Quartalsdaten; preis-, kalender- und saisonbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2023	2024	2025	2026
Stundenkonzept				
Tariflöhne	4,0	6,2	3,8	3,1
Effektivlöhne	6,6	5,4	2,8	2,2
Lohndrift	2,6	-0,9	-1,0	-0,9
Lohnkosten	6,0	5,1	3,2	2,4
Arbeitsproduktivität	-0,6	-0,1	0,1	0,7
Lohnstückkosten	6,7	5,3	3,1	1,6
Lohnstückkosten (real)	0,5	2,3	1,3	0,1
Personenkonzept				
Tariflöhne	4,0	6,2	3,8	3,1
Effektivlöhne	6,4	5,1	3,0	2,7
Lohndrift	2,4	-1,0	-0,8	-0,5
Lohnkosten	5,9	5,0	3,5	2,8
Arbeitsproduktivität	-1,0	-0,4	0,2	1,1
Lohnstückkosten	6,9	5,5	3,2	1,8
Lohnstückkosten (real)	0,7	2,4	1,4	0,2

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

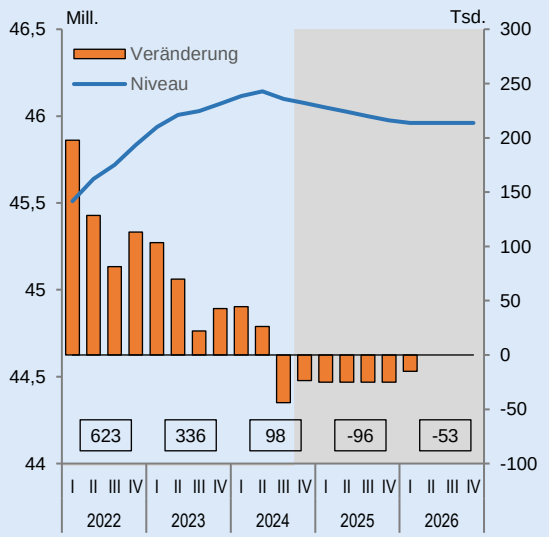
Tabelle 7.1:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2022	2023	2024	2025	2026
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	61.211	61.437	61.350	61.303	61.427
Erwerbstätige (Inland)	45.675	46.011	46.108	46.013	45.960
Selbständige	3.895	3.847	3.821	3.803	3.783
Arbeitnehmer (Inland)	41.781	42.163	42.287	42.210	42.178
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34.507	34.790	34.930	34.943	34.970
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.125	4.198	4.181	4.105	4.045
Pendlersaldo	211	210	200	200	200
Erwerbstätige (Inländer)	45.464	45.801	45.908	45.813	45.761
Arbeitnehmer (Inländer)	41.570	41.954	42.087	42.011	41.978
Registrierte Arbeitslose	2.418	2.609	2.788	2.951	2.936
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,3	5,7	6,0	6,3	6,3
Erwerbslosenquote (Prozent)	2,9	2,8	3,3	3,6	3,6

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

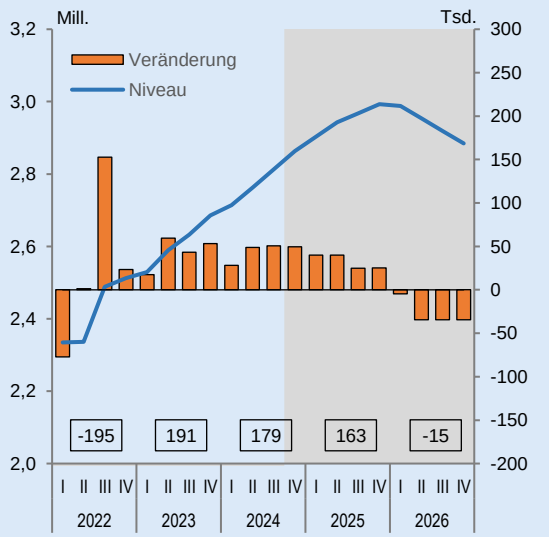
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

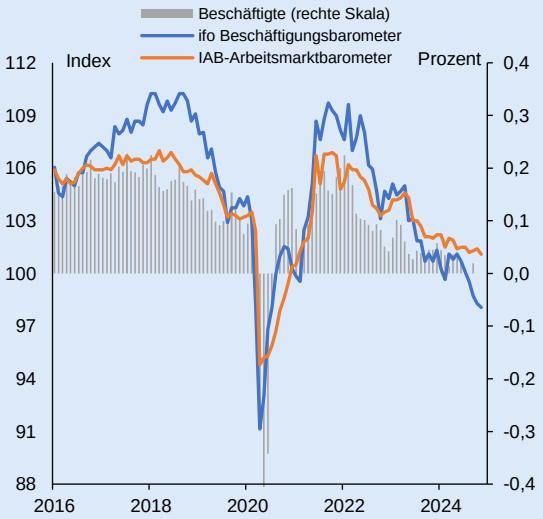
Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.3:
Arbeitsmarktindikatoren



Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer, Komponente B (Beschäftigung): 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

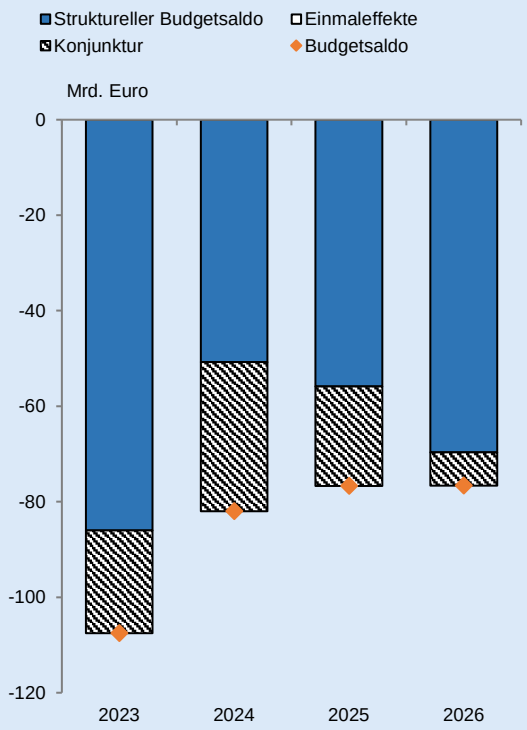
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2022	2023	2024	2025	2026
Einnahmen	**1.852,6**	**1.917,4**	**2.008,4**	**2.094,8**	**2.161,5**
→relativ zum BIP	*46,9*	*45,8*	*46,7*	*47,7*	*47,9*
Steuern	*960,8*	957,6	987,6	1.019,9	1.046,4
→relativ zum BIP	*24,3*	*22,9*	*22,9*	*23,2*	*23,2*
Sozialbeiträge	*667,1*	709,9	752,0	796,3	827,3
→relativ zum BIP	*16,9*	*17,0*	*17,5*	*18,1*	*18,3*
Sonstige Einnahmen	*224,7*	250,0	268,8	278,6	287,8
→relativ zum BIP	*5,7*	*6,0*	*6,2*	*6,3*	*6,4*
Ausgaben	**1.937,5**	**2.025,0**	**2.107,4**	**2.178,0**	**2.257,7**
→relativ zum BIP	*49,0*	*48,4*	*49,0*	*49,6*	*50,1*
Arbeitnehmerentgelt	320,7	337,6	353,1	364,7	373,6
Vorleistungen	252,2	264,0	275,6	276,5	285,1
Soziale Sachleistungen	354,6	362,1	390,1	408,3	424,1
Bruttoinvestitionen	112,2	117,1	123,5	132,1	139,0
Geleistete Vermögenseinkommen	27,9	36,6	45,0	48,6	50,8
Monetäre Sozialleistungen	613,9	657,0	700,2	734,8	761,0
Subventionen	67,5	84,5	54,3	56,6	57,1
Sonstige laufende Übertragungen	111,3	91,9	88,3	88,9	98,6
Vermögensübertragungen	77,9	74,4	77,3	67,6	68,5
Sonstige Ausgaben	-1,0	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
Finanzierungssaldo	**-84,9**	**-107,5**	**-99,0**	**-83,2**	**-96,3**
→relativ zum BIP	*-2,1*	*-2,6*	*-2,3*	*-1,9*	*-2,1*
Einnahmen der Gebietskörperschaften	**1229,5**	**1244,9**	**1291,3**	**1334,3**	**1342,6**
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.218,7	1.239,6	1.287,7	1.331,1	1.339,4
Transfers der Sozialversicherung	10,8	5,3	3,6	3,2	3,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	**1.323,1**	**1.361,4**	**1.383,6**	**1.410,0**	**1.421,8**
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	1.144,7	1.211,9	1.239,8	1.265,8	1.277,0
Transfers an die Sozialversicherung	178,4	149,5	143,8	144,2	144,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	**-93,7**	**-116,6**	**-92,3**	**-75,7**	**-79,2**
Einnahmen der Sozialversicherung	**812,3**	**827,3**	**864,6**	**908,0**	**915,4**
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	633,9	677,8	720,7	763,7	770,6
Ausgaben der Sozialversicherung	**803,5**	**818,3**	**872,2**	**915,7**	**925,4**
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	792,8	813,1	868,6	912,5	922,2
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	**8,8**	**9,0**	**-7,6**	**-7,8**	**-10,0**

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 8.1:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, *AMECO;* Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

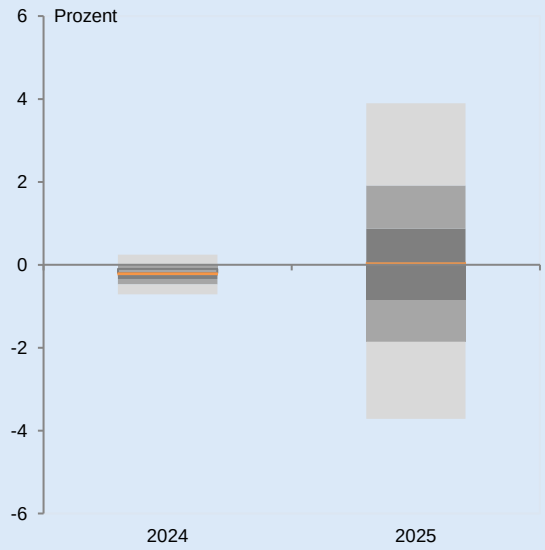
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,1	0,0	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Private Konsumausgaben	0,1	-0,5	0,3	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Konsumausgaben des Staates	-0,3	1,6	0,4	0,4	-0,3	0,2	0,5	0,7	0,5	0,1	0,3	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	-1,3	-3,4	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,5	1,1	0,7	0,7	0,7	0,7
Bauinvestitionen	0,7	-2,2	-0,3	-1,0	-0,1	0,3	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	1,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsveränderungen	0,0	0,4	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,1	0,1	1,0	0,0	-0,1	0,1	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Ausfuhr	1,4	0,2	-1,9	-0,9	0,6	0,2	0,1	0,1	0,3	0,5	0,5	0,5
Einfuhr	1,0	1,2	0,2	-0,5	0,4	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Außenbeitrag	0,2	-0,4	-0,9	-0,2	0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Erwerbstätige, Inland	46.116	46.143	46.099	46.075	46.050	46.025	46.000	45.975	45.960	45.960	45.960	45.960
Arbeitslose	2.714	2.763	2.813	2.863	2.903	2.943	2.968	2.993	2.988	2.954	2.919	2.885

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

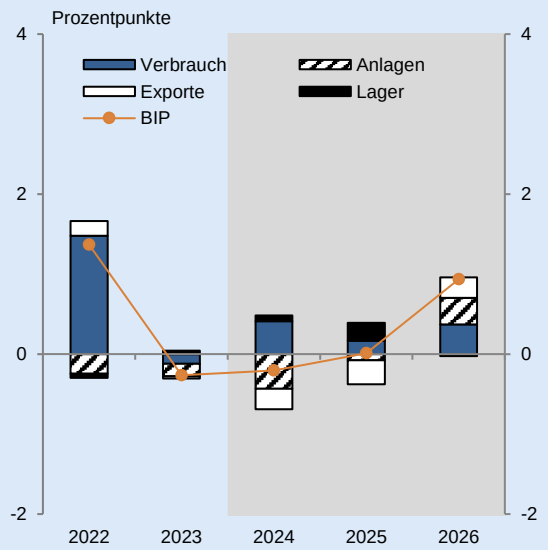
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2023).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2023	2023	2024	2025	2026
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-0,3	-0,2	0,0	0,9
Private Konsumausgaben		-0,4	0,0	0,1	0,6
Konsumausgaben des Staates		-0,1	2,3	1,2	1,5
Anlageinvestitionen		-1,2	-2,9	-0,3	2,9
Ausrüstungsinvestitionen		-0,8	-5,6	-0,4	3,9
Bauinvestitionen		-3,4	-3,7	-1,2	2,7
Sonstige Anlagen		4,7	4,0	2,5	1,9
Vorratsveränderung		0,1	0,1	0,4	0,0
Inländische Verwendung		-0,4	0,0	0,7	1,3
Ausfuhr		-0,3	-0,9	-0,9	1,8
Einfuhr		-0,6	-0,4	0,8	2,7
Außenbeitrag		0,1	-0,2	-0,7	-0,3
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	4.185,6	5,9	2,8	1,8	2,5
Private Konsumausgaben	2.205,6	6,3	2,8	2,1	2,5
Konsumausgaben des Staates	905,2	4,1	4,8	2,8	3,1
Anlageinvestitionen	899,9	4,9	-0,4	1,6	5,1
Ausrüstungsinvestitionen	275,7	4,8	-4,0	1,3	5,7
Bauinvestitionen	466,1	4,4	-0,8	0,8	5,0
Sonstige Anlagen	158,0	6,2	6,8	4,5	4,3
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		7,2	9,9	29,3	25,7
Inländische Verwendung	4.017,9	4,2	2,5	2,6	3,1
Ausfuhr	1.816,6	0,4	-0,1	-0,2	2,5
Einfuhr	1.649,0	-3,6	-0,9	1,5	3,9
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		167,7	181,1	152,1	132,5
Bruttonationaleinkommen	4.332,2	5,7	2,6	2,0	2,6
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		6,1	3,0	1,8	1,6
Private Konsumausgaben		6,7	2,7	2,0	1,8
Konsumausgaben des Staates		4,2	2,4	1,6	1,5
Ausrüstungsinvestitionen		5,7	1,7	1,7	1,8
Bauinvestitionen		8,1	3,1	2,1	2,3
Sonstige Anlagen		1,4	2,7	2,0	2,4
Ausfuhr		0,7	0,8	0,7	0,7
Einfuhr		-3,0	-0,5	0,7	1,1
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		5,9	2,2	2,2	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	3.134,5	6,8	1,2	1,5	2,4
Arbeitnehmerentgelt	2.229,0	6,8	5,3	3,3	2,8
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		71,1	74,0	75,3	75,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	905,4	6,7	-9,0	-3,4	1,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.404,4	6,9	4,0	2,0	2,4
Sparquote (Prozent)		10,4	11,4	11,3	11,2
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.846,0	7,4	5,5	2,8	2,6
Effektivlohn, Stundenbasis		6,6	5,4	2,8	2,2
Lohnstückkosten, Stundenbasis		6,7	5,3	3,1	1,6
Produktivität, Stundenbasis		-0,6	-0,1	0,1	0,7
Arbeitslose (1 000)		2.609	2.788	2.951	2.936
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	6,0	6,3	6,3
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		46.011	46.108	46.013	45.960
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-107,5	-99,0	-83,2	-96,3
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-2,6	-2,3	-1,9	-2,1
Öffentliche Schulden (Prozent)		62,7	63,2	63,9	64,4

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,2	- 0,2	- 0,1	0,4	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Arbeitsvolumen	- 0,1	- 0,1	0,2	- 0,6	0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,2	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 0,4	0,1	0,3	- 1,0	0,2	0,1	0,1	0,0	0,6
Produktivität [1]	- 0,1	0,1	0,7	0,3	- 0,4	- 0,3	0,5	0,9	0,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	**- 0,2**	**0,0**	**0,9**	**- 0,3**	**- 0,1**	**- 0,4**	**0,4**	**0,7**	**1,2**
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	3 214,5	3 288,6	3 375,5	1 570,7	1 643,7	1 605,3	1 683,2	1 647,7	1 727,9
Private Haushalte [2]	2 266,3	2 313,8	2 370,7	1 108,7	1 157,6	1 129,7	1 184,1	1 155,9	1 214,8
Staat	948,2	974,7	1 004,9	462,0	486,1	475,6	499,1	491,8	513,1
Anlageinvestitionen	895,9	910,7	957,0	438,4	457,5	439,0	471,7	456,6	500,4
Ausrüstungen	264,6	268,0	283,2	127,8	136,8	126,3	141,7	132,7	150,5
Bauten	462,6	466,3	489,7	229,7	232,8	227,8	238,5	237,7	252,0
Sonstige Anlageinvestitionen	168,8	176,4	184,1	80,9	87,9	84,8	91,6	86,2	97,9
Vorratsveränderung [3]	9,9	29,3	25,7	6,2	3,7	26,8	2,5	26,8	- 1,2
Inländische Verwendung	4 120,3	4 228,6	4 358,3	2 015,4	2 105,0	2 071,1	2 157,5	2 131,2	2 227,1
Außenbeitrag	181,1	152,1	132,5	110,3	70,9	87,5	64,6	77,0	55,5
Exporte	1 815,6	1 811,8	1 856,6	913,7	901,9	898,3	913,5	913,5	943,1
Importe	1 634,5	1 659,7	1 724,1	803,5	831,0	810,8	848,8	836,5	887,6
Bruttoinlandsprodukt	**4 301,5**	**4 380,7**	**4 490,8**	**2 125,6**	**2 175,8**	**2 158,6**	**2 222,1**	**2 208,1**	**2 282,6**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,3	2,3	2,6	3,8	2,9	2,2	2,4	2,6	2,7
Private Haushalte [2]	2,8	2,1	2,5	3,0	2,5	1,9	2,3	2,3	2,6
Staat	4,8	2,8	3,1	5,8	3,8	2,9	2,7	3,4	2,8
Anlageinvestitionen	- 0,4	1,6	5,1	- 0,8	- 0,1	0,1	3,1	4,0	6,1
Ausrüstungen	- 4,0	1,3	5,7	- 3,7	- 4,3	- 1,1	3,5	5,1	6,3
Bauten	- 0,8	0,8	5,0	- 1,6	0,1	- 0,8	2,4	4,3	5,7
Sonstige Anlageinvestitionen	6,8	4,5	4,3	7,0	6,6	4,8	4,2	1,7	6,8
Inländische Verwendung	2,5	2,6	3,1	2,1	3,0	2,8	2,5	2,9	3,2
Exporte	- 0,1	- 0,2	2,5	- 0,3	0,1	- 1,7	1,3	1,7	3,2
Importe	- 0,9	1,5	3,9	- 3,4	1,6	0,9	2,1	3,2	4,6
Bruttoinlandsprodukt	**2,8**	**1,8**	**2,5**	**3,3**	**2,3**	**1,6**	**2,1**	**2,3**	**2,7**
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 695,6	2 706,2	2 730,5	1 330,0	1 365,6	1 334,0	1 372,2	1 345,4	1 385,2
Private Haushalte [2]	1 882,3	1 883,3	1 895,3	927,4	954,9	925,7	957,6	930,1	965,2
Staat	813,7	823,6	836,2	402,8	410,9	408,7	414,8	415,9	420,2
Anlageinvestitionen	709,4	707,3	727,7	348,4	361,0	341,8	365,5	348,4	379,2
Ausrüstungen	225,9	224,9	233,6	109,1	116,8	106,3	118,7	109,6	124,0
Bauten	333,5	329,3	338,2	166,6	166,9	161,5	167,8	165,0	173,2
Sonstige Anlageinvestitionen	153,3	157,2	160,1	73,8	79,5	75,5	81,6	75,2	84,9
Inländische Verwendung	3 443,7	3 468,0	3 512,1	1 694,7	1 748,9	1 708,6	1 759,4	1 727,4	1 784,7
Exporte	1 513,8	1 500,6	1 527,3	764,5	749,2	745,3	755,2	753,0	774,4
Importe	1 347,2	1 357,8	1 394,7	664,6	682,6	666,0	691,8	679,6	715,1
Bruttoinlandsprodukt	**3 608,0**	**3 608,4**	**3 642,2**	**1 794,0**	**1 814,0**	**1 786,8**	**1 821,6**	**1 799,5**	**1 842,6**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,7	0,4	0,9	0,8	0,6	0,3	0,5	0,9	0,9
Private Haushalte [2]	0,0	0,1	0,6	0,1	- 0,1	- 0,2	0,3	0,5	0,8
Staat	2,3	1,2	1,5	2,3	2,3	1,5	1,0	1,8	1,3
Anlageinvestitionen	- 2,9	- 0,3	2,9	- 3,1	- 2,8	- 1,9	1,3	1,9	3,8
Ausrüstungen	- 5,6	- 0,4	3,9	- 5,5	- 5,7	- 2,6	1,6	3,1	4,5
Bauten	- 3,7	- 1,2	2,7	- 4,3	- 3,2	- 3,1	0,6	2,2	3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	4,0	2,5	1,9	4,6	3,5	2,4	2,6	- 0,4	4,0
Inländische Verwendung	0,0	0,7	1,3	- 0,8	0,9	0,8	0,6	1,1	1,4
Exporte	- 0,9	- 0,9	1,8	- 0,6	- 1,1	- 2,5	0,8	1,0	2,5
Importe	- 0,4	0,8	2,7	- 1,9	1,2	0,2	1,3	2,0	3,4
Bruttoinlandsprodukt	**- 0,2**	**0,0**	**0,9**	**- 0,3**	**- 0,1**	**- 0,4**	**0,4**	**0,7**	**1,2**

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben [2]	2,7	2,0	1,8	2,9	2,6	2,1	2,0	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,4	1,6	1,5	3,4	1,4	1,5	1,7	1,6	1,5
Anlageinvestitionen	2,6	1,9	2,1	2,4	2,8	2,1	1,8	2,0	2,2
Ausrüstungen	1,7	1,7	1,8	1,8	1,5	1,5	1,9	1,9	1,6
Bauten	3,1	2,1	2,3	2,8	3,3	2,3	1,9	2,1	2,4
Exporte	0,8	0,7	0,7	0,4	1,3	0,8	0,5	0,7	0,7
Importe	- 0,5	0,7	1,1	- 1,5	0,5	0,7	0,8	1,1	1,2
Bruttoinlandsprodukt	**3,0**	**1,8**	**1,6**	**3,6**	**2,4**	**2,0**	**1,7**	**1,6**	**1,5**
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	3 007,8	3 084,3	3 162,4	1 473,8	1 534,0	1 513,8	1 570,4	1 546,6	1 615,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	400,6	422,7	437,9	193,4	207,2	204,7	218,0	211,9	226,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 945,9	2 001,6	2 053,2	931,0	1 014,9	960,9	1 040,7	984,1	1 069,1
Übrige Primäreinkommen [4]	660,3	659,9	671,3	348,3	311,9	348,2	311,8	350,7	320,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	549,5	532,0	540,9	268,2	281,4	250,8	281,2	256,5	284,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**3 557,3**	**3 616,3**	**3 703,3**	**1 742,0**	**1 815,4**	**1 764,6**	**1 851,6**	**1 803,1**	**1 900,3**
Abschreibungen	889,0	917,2	948,8	441,9	447,1	456,0	461,2	471,3	477,6
Bruttonationaleinkommen	**4 446,3**	**4 533,5**	**4 652,2**	**2 183,8**	**2 262,5**	**2 220,6**	**2 312,8**	**2 274,3**	**2 377,8**
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3 171,5	3 220,3	3 296,1	1 548,9	1 622,6	1 566,1	1 654,3	1 598,8	1 697,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	824,0	796,0	805,0	423,4	400,5	400,4	395,6	402,9	402,1
Arbeitnehmerentgelt	2 347,5	2 424,4	2 491,1	1 125,5	1 222,1	1 165,7	1 258,7	1 195,9	1 295,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	3,9	2,5	2,5	4,3	3,4	2,7	2,4	2,2	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,6	5,5	3,6	4,8	4,4	5,9	5,2	3,5	3,7
Bruttolöhne und -gehälter	5,4	2,9	2,6	6,1	4,8	3,2	2,5	2,4	2,7
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,1	3,0	2,7	5,7	4,6	3,3	2,8	2,6	2,8
Übrige Primäreinkommen [4]	- 1,0	- 0,1	1,7	- 0,8	- 1,2	0,0	- 0,1	0,7	2,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	- 5,0	- 3,2	1,7	- 2,7	- 7,0	- 6,5	- 0,1	2,3	1,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	**2,4**	**1,7**	**2,4**	**3,1**	**1,7**	**1,3**	**2,0**	**2,2**	**2,6**
Abschreibungen	3,6	3,2	3,5	3,5	3,7	3,2	3,2	3,4	3,6
Bruttonationaleinkommen	**2,6**	**2,0**	**2,6**	**3,2**	**2,1**	**1,7**	**2,2**	**2,4**	**2,8**
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	1,2	1,5	2,4	1,9	0,5	1,1	2,0	2,1	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 9,0	- 3,4	1,1	- 7,7	- 10,4	- 5,4	- 1,2	0,6	1,6
Arbeitnehmerentgelt	5,3	3,3	2,8	6,0	4,7	3,6	3,0	2,6	2,9
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte [2]									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1 966,1	2 017,5	2 071,5	945,8	1 020,2	974,5	1 043,0	1 000,2	1 071,4
Nettolöhne und -gehälter	1 360,1	1 382,6	1 416,8	645,3	714,8	658,9	723,7	673,8	743,0
Monetäre Sozialleistungen	775,6	814,9	842,7	383,9	391,7	404,2	410,7	419,1	423,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	169,6	180,0	187,9	83,3	86,2	88,6	91,3	92,8	95,1
Übrige Primäreinkommen [4]	660,3	659,9	671,3	348,3	311,9	348,2	311,8	350,7	320,6
Sonstige Transfers (Saldo) [5]	- 125,1	- 126,8	- 131,5	- 58,7	- 66,4	- 60,8	- 66,0	- 62,8	- 68,7
Verfügbares Einkommen	**2 501,3**	**2 550,6**	**2 611,3**	**1 235,5**	**1 265,8**	**1 261,9**	**1 288,8**	**1 288,1**	**1 323,3**
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	58,0	58,3	28,0	29,7	28,2	29,9	28,3	30,0
Konsumausgaben	2 266,3	2 313,8	2 370,7	1 108,7	1 157,6	1 129,7	1 184,1	1 155,9	1 214,8
Sparen	292,7	294,8	299,0	154,8	137,9	160,3	134,5	160,5	138,5
Sparquote (%) [6]	11,4	11,3	11,2	12,2	10,6	12,4	10,2	12,2	10,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	5,8	2,6	2,7	6,6	5,1	3,0	2,2	2,6	2,7
Nettolöhne und -gehälter	5,7	1,7	2,5	6,7	4,8	2,1	1,2	2,3	2,7
Monetäre Sozialleistungen	6,2	5,1	3,4	6,5	5,8	5,3	4,8	3,7	3,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,5	6,1	4,4	7,7	5,5	6,4	5,9	4,7	4,2
Übrige Primäreinkommen [4]	- 1,0	- 0,1	1,7	- 0,8	- 1,2	0,0	- 0,1	0,7	2,8
Verfügbares Einkommen	**4,0**	**2,0**	**2,4**	**4,4**	**3,7**	**2,1**	**1,8**	**2,1**	**2,7**
Konsumausgaben	2,8	2,1	2,5	3,0	2,5	1,9	2,3	2,3	2,6
Sparen	14,1	0,7	1,4	13,8	14,5	3,6	- 2,5	0,1	3,0

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2024 bis 2026

	2024	2025	2026	2024		2025		2026	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates [7]									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	987,6	1 019,9	1 046,4	487,9	499,6	503,3	516,6	516,0	530,4
Sozialbeiträge	752,0	796,3	827,3	364,3	387,7	388,3	408,0	403,2	424,0
Vermögenseinkommen	34,2	35,4	36,5	17,6	16,6	18,3	17,1	19,0	17,5
Sonstige Transfers	31,9	32,4	32,9	13,7	18,2	13,9	18,5	14,2	18,8
Vermögenstransfers	20,5	20,6	20,7	8,9	11,6	8,9	11,7	9,0	11,7
Verkäufe	182,0	190,1	197,5	85,1	96,9	89,1	101,0	92,6	104,9
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	**2 008,4**	**2 094,8**	**2 161,5**	**977,6**	**1 030,8**	**1 021,9**	**1 072,9**	**1 054,0**	**1 107,5**
Ausgaben									
Vorleistungen [8]	666,1	685,2	709,5	321,4	344,7	331,5	353,7	344,1	365,3
Arbeitnehmerentgelt	353,1	364,7	373,6	170,2	182,9	175,7	188,9	180,6	193,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	45,0	48,6	50,8	22,6	22,4	24,4	24,2	25,6	25,2
Subventionen	54,3	56,6	57,1	25,4	29,0	26,3	30,3	26,5	30,6
Monetäre Sozialleistungen	700,2	734,8	761,0	346,3	353,9	364,3	370,5	378,7	382,3
Sonstige laufende Transfers	88,3	88,9	98,6	43,0	45,3	43,4	45,6	48,1	50,4
Vermögenstransfers	77,3	67,6	68,5	38,2	39,1	30,0	37,6	30,4	38,1
Bruttoinvestitionen	123,5	132,1	139,0	54,9	68,6	56,7	75,4	60,1	78,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 0,1	- 0,4
Insgesamt	**2 107,4**	**2 178,0**	**2 257,7**	**1 022,0**	**1 085,5**	**1 052,3**	**1 125,7**	**1 094,1**	**1 163,6**
Finanzierungssaldo	**- 99,0**	**- 83,2**	**- 96,3**	**- 44,4**	**- 54,6**	**- 30,4**	**- 52,8**	**- 40,2**	**- 56,1**
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,1	3,3	2,6	3,9	2,4	3,1	3,4	2,5	2,7
Sozialbeiträge	5,9	5,9	3,9	6,5	5,4	6,6	5,2	3,8	3,9
Vermögenseinkommen	9,1	3,4	3,2	10,4	7,6	4,0	2,8	3,6	2,8
Sonstige Transfers	- 4,5	1,6	1,6	- 6,5	- 2,8	1,6	1,6	1,6	1,6
Vermögenstransfers	5,4	0,5	0,5	4,0	6,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Verkäufe	10,0	4,4	3,9	8,6	11,2	4,7	4,2	3,9	3,9
Sonstige Subventionen	- 20,7	0,0	0,0	- 23,8	- 18,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**4,7**	**4,3**	**3,2**	**5,2**	**4,3**	**4,5**	**4,1**	**3,1**	**3,2**
Ausgaben									
Vorleistungen [8]	6,3	2,9	3,5	6,9	5,8	3,1	2,6	3,8	3,3
Arbeitnehmerentgelt	4,6	3,3	2,5	5,8	3,5	3,3	3,3	2,7	2,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	23,2	8,0	4,5	31,3	15,9	8,0	8,0	4,9	4,1
Subventionen	- 35,7	4,1	1,0	- 40,0	- 31,4	3,7	4,5	1,0	1,0
Monetäre Sozialleistungen	6,6	4,9	3,6	7,0	6,2	5,2	4,7	3,9	3,2
Sonstige laufende Transfers	- 3,8	0,6	10,9	- 2,5	- 5,0	0,7	0,5	11,1	10,7
Vermögenstransfers	3,9	- 12,6	1,4	28,8	- 12,6	- 21,5	- 3,9	1,3	1,5
Bruttoinvestitionen	5,5	7,0	5,2	8,7	3,0	3,3	9,9	6,0	4,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	1,2	0,0	0,0	- 54,9	42,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**4,1**	**3,3**	**3,7**	**5,5**	**2,8**	**3,0**	**3,7**	**4,0**	**3,4**

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
[6] Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2024				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 897,2	2 622,5	464,4	810,3	–
2	–	Abschreibungen	889,0	489,0	119,5	280,6	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 008,2	2 133,5	345,0	529,7	– 181,1
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 341,7	1 700,2	353,1	288,4	19,9
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,9	29,8	0,3	10,8	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	59,2	57,0	0,2	2,1	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	684,8	460,5	– 8,3	232,6	– 201,1
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 347,5	–	–	2 347,5	14,1
9	–	Geleistete Subventionen	54,3	–	54,3	–	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	440,2	–	440,2	–	5,3
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 092,1	1 000,0	45,0	47,0	425,7
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 231,2	722,3	34,2	474,7	286,5
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 557,3	182,8	366,7	3 007,8	– 326,0
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	533,4	127,9	–	405,4	14,8
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	547,4	–	547,4	–	0,7
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	907,5	–	–	907,5	3,6
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	906,1	153,2	752,0	0,8	5,0
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	785,7	84,7	700,2	0,8	0,7
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	775,6	–	–	775,6	10,9
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	458,7	268,4	88,3	101,9	95,9
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	398,3	233,7	31,9	132,7	156,3
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 499,5	88,7	909,5	2 501,3	– 268,2
23	–	Konsumausgaben	3 214,5	–	948,2	2 266,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,7	–	57,7	–
25	=	Sparen	285,1	31,0	– 38,6	292,7	– 268,2
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	107,1	13,8	77,3	15,9	7,0
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	84,8	46,1	20,5	18,3	29,3
28	–	Bruttoinvestitionen	905,9	507,5	123,5	274,8	–
29	+	Abschreibungen	889,0	489,0	119,5	280,6	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,8	15,1	– 0,5	0,3	– 14,8
31	=	Finanzierungssaldo	231,1	29,6	– 99,0	300,5	– 231,1
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 499,5	88,7	909,5	2 501,3	– 268,2
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	593,8	–	593,8	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	593,8	–	–	593,8	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 499,5	88,7	315,7	3 095,1	– 268,2
38	–	Konsum 2)	3 214,5	–	354,4	2 860,1	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 57,7	–	57,7	–
40	=	Sparen	285,1	31,0	– 38,6	292,7	– 268,2

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2025				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 966,3	2 653,9	479,9	832,5	–
2	–	Abschreibungen	917,2	504,6	122,8	289,8	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 049,1	2 149,3	357,2	542,7	– 152,1
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 418,5	1 754,5	364,7	299,3	20,3
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	43,4	31,6	0,3	11,5	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	61,6	59,2	0,2	2,2	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	648,8	422,4	– 7,7	234,0	– 172,5
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 424,4	–	–	2 424,4	14,5
9	–	Geleistete Subventionen	56,6	–	56,6	–	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	452,5	–	452,5	–	5,5
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 085,1	990,0	48,6	46,4	441,6
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 232,3	724,6	35,4	472,3	294,3
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 616,3	157,0	375,0	3 084,3	– 304,9
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	553,0	129,2	–	423,8	15,2
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	567,5	–	567,5	–	0,8
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	955,6	–	–	955,6	3,7
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	954,2	157,1	796,3	0,9	5,1
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	825,3	89,6	734,8	0,9	0,8
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	814,9	–	–	814,9	11,1
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	466,8	273,4	88,9	104,5	98,3
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	405,0	237,2	32,4	135,3	160,2
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 557,1	59,0	947,4	2 550,6	– 245,7
23	–	Konsumausgaben	3 288,6	–	974,7	2 313,8	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 58,0	–	58,0	–
25	=	Sparen	268,5	1,0	– 27,3	294,8	– 245,7
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	98,1	14,1	67,6	16,3	7,1
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	74,7	37,5	20,6	16,7	30,4
28	–	Bruttoinvestitionen	940,0	533,1	132,1	274,8	–
29	+	Abschreibungen	917,2	504,6	122,8	289,8	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,4	14,7	– 0,5	0,3	– 14,4
31	=	Finanzierungssaldo	207,9	– 18,8	– 83,2	309,9	– 207,9
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 557,1	59,0	947,4	2 550,6	– 245,7
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	626,9	–	626,9	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	626,9	–	–	626,9	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 557,1	59,0	320,6	3 177,5	– 245,7
38	–	Konsum 3)	3 288,6	–	347,9	2 940,7	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 58,0	–	58,0	–
40	=	Sparen	268,5	1,0	– 27,3	294,8	– 245,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).
Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2026				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	4 066,3	2 719,3	493,3	853,8	–
2	–	Abschreibungen	948,8	522,5	126,4	300,0	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	3 117,5	2 196,8	366,9	553,8	– 132,5
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 485,3	1 803,3	373,6	308,3	20,8
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	45,4	33,1	0,3	12,0	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	62,1	59,8	0,2	2,2	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	648,9	420,2	– 6,9	235,7	– 153,3
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 491,1	–	–	2 491,1	15,0
9	–	Geleistete Subventionen	57,1	–	57,1	–	5,2
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	464,4	–	464,4	–	5,7
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	1 101,8	1 004,9	50,8	46,1	454,8
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	1 257,9	739,6	36,5	481,7	298,8
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 703,3	154,9	386,0	3 162,4	– 293,9
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	567,2	133,1	–	434,1	15,6
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	582,0	–	582,0	–	0,8
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	990,5	–	–	990,5	3,8
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	989,0	160,9	827,3	0,9	5,2
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	853,3	91,4	761,0	0,9	0,8
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	842,7	–	–	842,7	11,4
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	485,9	280,3	98,6	107,1	100,8
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	422,5	251,7	32,9	137,9	164,2
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 642,7	62,7	968,6	2 611,3	– 233,3
23	–	Konsumausgaben	3 375,5	–	1 004,9	2 370,7	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 58,3	–	58,3	–
25	=	Sparen	267,2	4,4	– 36,3	299,0	– 233,3
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	99,8	14,5	68,5	16,7	7,1
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	75,3	37,7	20,7	16,9	31,6
28	–	Bruttoinvestitionen	982,7	553,2	139,0	290,5	–
29	+	Abschreibungen	948,8	522,5	126,4	300,0	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	14,3	14,5	– 0,5	0,3	– 14,3
31	=	Finanzierungssaldo	194,5	– 17,7	– 96,3	308,4	– 194,5
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 642,7	62,7	968,6	2 611,3	– 233,3
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	651,1	–	651,1	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	651,1	–	–	651,1	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 642,7	62,7	317,6	3 262,4	– 233,3
38	–	Konsum 2)	3 375,5	–	353,8	3 021,7	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 58,3	–	58,3	–
40	=	Sparen	267,2	4,4	– 36,3	299,0	– 233,3

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).
Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

Ademmer, M. und N. Jannsen (2019). Globale Unsicherheit und deutsche Konjunktur. Wirtschaftsdienst 99(7): 519–520.

Ademmer, M., J. Beckmann und N. Jannsen (2019). Zu den Auswirkungen des jüngsten Anstiegs der globalen wirtschaftspolitischen Unsicherheit. Kiel Insight 2019.7.

Bachmann, R., S. Elstner und E. R. Sims (2013). Uncertainty and Economic Activity: Evidence from Business Survey Data. American Economic Journal: Macroeconomics 5(2): 217–249.

Baker, S. R., N. Bloom und S. J. Davis (2016). Measuring Economic Policy Uncertainty. The Quarterly Journal of Economics 131(4): 1593–1636.

Bloom, N. (2009). The Impact of Uncertainty Shocks. Econometrica 77(3): 623–685.

Born, B., S. Breuer und S. Elstner (2018). Uncertainty and the Great Recession. Oxford Bulletin of Economic and Statistics 80: 951–971.

Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, J. Reents, C. Schröder und N. Sonnenberg (2024). Potenzialwachstum im Kriechgang. Kieler Konjunkturberichte 118.

Buliskeria, N., J. Baxa und T. Šestořád (2023). Uncertain Trends in Economic Policy Uncertainty. Czech National Bank Working Paper Series 16/2023.

Colavecchio, R. und Rubene, I. (2020). Non-Linear Exchange Rate Pass-Through to Euro Area Inflation: A Local Projection Approach. ECB Working Paper Series, No 2362.

DIHK (2024). Deutsche Wirtschaft verliert den Anschluss. DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2024.

Falck, O., N. Czernich und J. Koenen (2021). Auswirkungen der vermehrten Produktion elektrisch betriebener Pkw auf die Beschäftigung in Deutschland. Ifo Studie.

Felbermayr, G., J. Hinz und R. J. Langhammer (2024). US Trade Policy After 2024: What Is at Stake for Europe? Kiel Policy Brief 178.

Gern, K-J., S. Kooths, W-H. Liu, J. Reents und N. Sonnenberg (2024) Weltwirtschaft im Winter 2024: Im Zeichen Wirtschaftspolitischer Unsicherheit, Kieler Konjunkturbericht Nr. 119.

Grimme, C. und M. Stöckli (2017). Makroökonomische Unsicherheit in Deutschland. ifo Schnelldienst 70(6): 41–50.

IMD Business School (2024). World Competitiveness Yearbook 2024. Lausanne.

Jannsen, N. (2024). Wie sich Konsum und Einkommen entwickeln. Wirtschaftsdienst 104(11): 811–812.

Junker, S. und C. Michelsen (2024). Wirtschaftspolitische Unsicherheit: Investitionen bleiben aus. vfa Economic Policy Brief 11.24.

Jurado, K., S. C. Ludvigson und S. Ng (2015). Measuring Uncertainty. American Economic Review 105(3): 1177–1216.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2024). Struktureller Wandel im Verarbeitenden Gewerbe: Produktion unterzeichnet Bruttowertschöpfung. Ifo Schnelldienst 77(2): 55–60.

Meinen, P. und O. Roehe (2017). On measuring uncertainty and its impact on investment: Cross-country evidence from the euro area. European Economic Review 92: 161–179.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2024). Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren. Jahresgutachten 2024/2025. Wiesbaden.